

1

2

3

4

5

6

7

8 **Klartext für Thüringen.**

9 **Damit sich was ändert.**

10

11 BSW-Landtagswahlprogramm für Thüringen.

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23 Stand: 30.5.2024

1	Inhalt	
2		
3	03	Vorwort Sahra Wagenknecht
4		
5	06	Frieden
6		Ohne Frieden ist alles nichts
7	08	I. Gesellschaftlicher Frieden, mehr Demokratie und bessere Integration
8	09	1 Demokratie und Teilhabe
9	11	2 Integration und Migration
10	13	3 Corona-Aufarbeitung
11	14	4 Denk-, Rede- und Pressefreiheit
12	15	5 Unterstützung des Ehrenamtes
13	16	II. Bildung und kulturelle Vielfalt
14	17	1 Grundlegend bessere Bildung
15	20	2 Vielfältige Kultur
16	22	III. Leistungsfähiger Staat, leistungsfähige Kommunen, Zukunft im ländlichen Raum
17	23	1 Leistungsfähiger Staat
18	25	2 Leistungsfähige Kommunen
19	27	3 Sicherheit für alle Bürger
20	29	4 Justiz und Verbraucherschutz
21	32	5 Zukunft im ländlichen Raum
22		
23	33	IV. Soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, bessere medizinische Versorgung
24		
25	34	1 Zukunftssichere Gesundheitsversorgung
26	35	2 Bezahlbare Pflege
27	37	3 Sozialer Ausgleich
28	38	4 Anständige Löhne
29	39	5 Bezahlbare Mieten, mehr Wohnungen
30	41	6 Inklusion und Barrierefreiheit
31	42	7 Sportförderung
32		
33	43	V. Wirtschaftliche Vernunft, bezahlbare Energie, erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft und ideologiefreier Umweltschutz
34		
35		
36	44	1 Thüringens Wirtschaft erhalten und stärken
37	46	2 Effektive Digitalisierung
38	47	3 Solide Finanz- und Strukturpolitik
39	48	4 Energiepolitik und Umweltschutz
40	52	6 Land- und Forstwirtschaft
41	54	7 Tourismus
42	55	8 Verkehrspolitik
43		
44		
45		

1 Vorwort

2
3 Sehr geehrte Bürgerin,
4 sehr geehrter Bürger,

5
6 am 1. September geht es um einen echten Neubeginn für Thüringen.

7
8 Als Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verspreche ich Ihnen: Mit uns gibt es
9 nach der Wahl kein Weiter so bürgerferner Politik in Ihrem Bundesland, sondern mit uns geht
10 es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.

11
12 Je stärker das BSW am 1. September in Thüringen wird, desto mehr können wir für Sie
13 erreichen. Der Zustand der faktischen Unregierbarkeit Thüringens muss enden! Mit Katja Wolf
14 haben wir eine glaubwürdige, kompetente Spitzenkandidatin, die als langjährige
15 Oberbürgermeisterin von Eisenach unter Beweis gestellt hat, dass Politikerfahrung und
16 Bürgernähe kein Widerspruch sein müssen.

17
18 Je stärker das BSW wird, desto mehr Vernunft und Gerechtigkeit ziehen in Thüringens Politik
19 ein. Eine starke BSW-Fraktion im Erfurter Landtag wäre auch ein klares Signal an die Ampel in
20 Berlin, die seit über zwei Jahren dabei ist, Land und Leute mit ihrer undurchdachten Politik zu
21 ruinieren.

22
23 Unser Land wird zweifellos von der schlechtesten Koalition regiert, die die Bundesrepublik je
24 hatte. Arrogant, ideologiegetrieben, inkompetent! Die Wirtschaftskraft unseres Landes
25 schrumpft, Unternehmen wandern ab. Der Industriestandort Deutschland und
26 hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr – auch hier in Thüringen. Kaufkraft und
27 Wohlstand wurden durch die hohe Inflation vernichtet. Das überfordert gerade diejenigen mit
28 geringen Einkommen oder schmalen Renten.

29
30 Ob Heizgesetz, Verbrenner-Verbot, die weiterhin unkontrollierte Migration oder die
31 desaströse Energiepolitik: Ideologie und Planlosigkeit treiben diese Regierung an, nicht die
32 Lösung der Probleme der Menschen. Es ist kein Wunder, dass unser Land sozial und politisch
33 gespalten ist. Denn die Politik der Bundesregierung, die die Sorgen und Nöte der Bürger und
34 Familien offenkundig vielfach noch nicht einmal kennt, zerstört das Vertrauen in den Staat.

35
36 Aber es gibt etwas, das tatsächlich noch gefährlicher wäre als die Ampel: eine Koalition aus
37 CDU/ CSU und Grünen im Bund. Mit dieser Koalition würden auch noch die letzten
38 militärischen Hemmungen fallen. Jede Stimme für die CDU bei der Landtagswahl in Thüringen
39 ist auch Rückenwind für Friedrich Merz, der uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch
40 tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen möchte. Wer CDU wählt, wählt auch Politiker wie
41 Roderich Kiesewetter, der „den Krieg nach Russland tragen“ und die Ukraine befähigen
42 möchte, staatliche Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu
43 legen. Dieser Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.

44
45 Die Politik, immer mehr Waffen an die Ukraine zu liefern, die auch der Thüringische
46 Ministerpräsident unterstützt, ist grandios gescheitert. Abermilliarden an hart erarbeitetem
47 Steuergeld sind in diesem Krieg, in dem schon lange nicht mehr gesiegt, sondern nur noch

1 gestorben wird, verbrannt. Und die Wirtschaftssanktionen schaden vor allem uns und unserer
2 Wirtschaft, der günstige Energie vorenthalten wird.

3
4 Statt unser Land „kriegstüchtig“ zu machen mit einer Militarisierung bis in die Schulen hinein,
5 braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Kriegen. In der
6 Ukraine braucht es endlich einen Waffenstillstand und Verhandlungen, wie der Papst und
7 viele Staaten sie vernünftigerweise fordern.

8
9 Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für
10 Deutschland erhöht, haben wir eine neue Partei gegründet: das Bündnis Sahra Wagenknecht
11 – Vernunft und Gerechtigkeit.

12
13 In der Wirtschaftspolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und
14 Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und
15 Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben dagegen für
16 Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch!

17
18 Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, hat sich ein grün-autoritärer Politikstil
19 ausgebreitet, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf
20 der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren Schulen auch nur richtig lesen,
21 rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die
22 Zukunft unseres Landes.

23
24 Wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik, Meinungsvielfalt
25 und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei. In
26 Thüringen leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

27
28 1. Ihre Stimme für das BSW in Thüringen ist eine Stimme gegen ein Weiter so der etablierten
29 Parteien, gegen das Erfurter Regierungschao und für Thüringer Interessen. Wir werden uns
30 kompromisslos für den Frieden einsetzen. Dafür, dass der Krieg in der Ukraine über einen
31 Waffenstillstand und Friedensverhandlungen endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs
32 gebannt wird.

33
34 2. Ihre Stimme für das BSW in Thüringen ist eine Garantie dafür, dass künftig die Interessen
35 von normalen Familien, Arbeitnehmern, kleinen und mittelgroßen Unternehmern und
36 Rentnern im Mittelpunkt der Politik Thüringens stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere
37 Industrie geschützt und unser Mittelstand von Bürokratie entlastet wird, dass künftig kein
38 thüringischer Arbeitnehmer weniger als 14 Euro die Stunde verdient und kein Rentner mit
39 einer gesetzlichen Rente unterhalb von 2000 Euro Steuern bezahlen muss.

40
41 3. Ihre Stimme für das BSW in Thüringen ist eine Stimme für exzellente Schulen, in denen jedes
42 Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Mit uns gibt
43 es in den Grundschulen eine Rückbesinnung auf das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen,
44 Schreiben und Rechnen. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich
45 erschweren, werden wir mindestens bis zum Ende der Grundschule aus den Klassenzimmern
46 verbannen.

47

1 4. Ihre Stimme für das BSW in Thüringen ist eine Stimme gegen die unkontrollierte Migration,
2 die Kommunen und Bürger im Freistaat heillos überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und
3 Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Ausländerkriminalität
4 begegnen wir mit einer bürgernahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer
5 sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

6
7 5. Ihre Stimme für das BSW in Thüringen ist eine Stimme für Meinungsfreiheit und gegen
8 Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Fehler der Corona-Zeit
9 durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Erfurter Landtag. Ein solcher Ausschuss
10 sollte u.a. Herrn Lauterbach und Herrn Drostens vorladen und beispielhaft für den Bund sein.
11 Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die
12 Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten.

13
14 Das sind unsere Ziele. Wir werben für Ihr Vertrauen.

15
16
17 Ihre Sahra Wagenknecht

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

1 Frieden

2 **Ohne Frieden ist alles nichts – für ein friedliches Thüringen**

3 Nie seit Ende des Kalten Krieges war die Kriegsgefahr in Europa so groß. Auch die Menschen
4 in Thüringen blicken deshalb mit Sorge in die Zukunft. Unser Land soll kriegstüchtig gemacht
5 werden. Über Thüringer Straßen und Schienen rollt wieder Kriegsmaterial gen Osten – für
6 immer größere Militärmanöver. Die direkte militärische Konfrontation zwischen
7 Atommächten ist eine reale Gefahr. Die Warn-Sirenen in unseren Städten werden wieder
8 getestet, Zivilverteidigung soll wieder geübt werden. Wir sind auf gedeihliche
9 Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz in Europa angewiesen. Ein neuer Kalter Krieg mit
10 extremer Aufrüstung und immer weitergehenden Wirtschaftssanktionen ist eine Gefährdung
11 unserer Zukunftsfähigkeit, unseres Wohlstands und unserer Existenz.

12 Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Wir fordern einen
13 sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Eine
14 Friedensarchitektur für Europa lässt sich dauerhaft nur dann etablieren, wenn die
15 Sicherheitsinteressen aller Seiten respektiert werden. Dies haben die Vereinigten Staaten als
16 Führungsmacht der NATO jahrzehntelang missachtet. Das BSW setzt sich für einen neuen
17 Ansatz in der Friedens- und Außenpolitik ein, der die Erreichung gemeinsamer Sicherheit in
18 Europa anstrebt.

19 Die Verantwortung vor der deutschen Geschichte und die Dankbarkeit für das friedliche
20 Gelingen des deutschen Einigungsprozesses, verpflichten uns, zur Beilegung von Konflikten
21 immer den Weg der Diplomatie einzufordern. Aus der gefährlichen Spirale der Konfrontation
22 und der Verschwendung von Milliardengeldern für Waffen gibt es nur einen vernünftigen
23 Ausweg: De-Eskalation und neue Abrüstungsverträge. Die Bundeswehr muss ihren
24 grundgesetzlichen Auftrag erfüllen können und dafür angemessen ausgestattet sein – ihre
25 adäquate Ausrüstung, nicht ihre Vergrößerung und Aufrüstung, muss das Ziel der
26 Verteidigungspolitik sein.

27 Die Entsendung von Kampfeinheiten der Bundeswehr an die NATO-Ostflanke, z. B. nach
28 Litauen, erfüllt uns mit tiefer Sorge. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass
29 Panzerkolonnen wieder durch unsere Straßen fahren und Kampfflugzeuge über unsere Köpfe
30 fliegen. Der zunehmende Gebrauch von Infrastruktur wie Autobahnen und Schienennetz für
31 Militärtransporte bringt auch Schäden in Millionenhöhe für die hiesige Verkehrsinfrastruktur.

32 Eine Stimme für die CDU bei der Landtagswahl in Thüringen ist auch Rückenwind für Friedrich
33 Merz im Bund, der uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch tiefer in den Ukraine-
34 Krieg hineinziehen möchte, und eine Stärkung von CDU-Politikern wie Roderich Kiesewetter,
35 der „den Krieg nach Russland tragen“ und die Ukraine befähigen möchte, staatliche
36 Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu legen. Dieser
37 Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.

38 Auch deshalb braucht es eine neue Friedenspartei in Deutschland!

39 Wir wenden uns gegen die den Krieg anheizende Rhetorik in der Bundespolitik und in vielen
40 Medien. Der Kriegslogik muss endlich wieder die sachliche Argumentation des
41 Interessenausgleichs entgegengestellt werden. Wir erwarten von Leitmedien unseres Landes,

1 auch den Leitmedien in Thüringen, eine ausgewogene Berichterstattung über alle Ursachen
2 und Hintergründe des Ukraine-Krieges.

3 Krieg ist auch die Fluchtursache Nummer Eins. Wenn in Zukunft noch mehr Flüchtlinge aus
4 Kriegsgebieten zu erwarten wären, betreffe dies wiederum auch uns in Thüringen. Wir in
5 Thüringen sind daher aus vielen Gründen gehalten, laut für Frieden und gegen Kriegsgewalt
6 weltweit Stellung zu beziehen.

7 **Unsere wichtigsten Vorhaben und Forderungen:**

- 8 • Wir werden in Thüringen unsere Stimme dafür erheben, dass die Bundesregierung
9 endlich selbstständig diplomatisch aktiv wird, um einen Waffenstillstand und
10 Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien im Ukraine-Krieg herbeizuführen.
- 11 • Wir wenden uns gegen eine schleichende Militarisierung unserer Schulen. Für die
12 Bundeswehr stehen geeignete Informationszentren zur Verfügung, an Thüringer
13 Schulen brauchen und wollen wir keine Nachwuchsanwerbung durch die
14 Bundeswehr. Ein neuer Wehr- oder Zivilverteidigungsunterricht gehört nicht an die
15 Schulen.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

1 I Gesellschaftlicher Frieden, mehr Demokratie 2 und bessere Integration

3 **Demokratie stärken und weiterentwickeln**

4 Mit unserer neuen Partei wollen wir die demokratische Willensbildung in Thüringen
5 wiederbeleben, demokratische Mitbestimmung ausweiten und persönliche Freiheit schützen.
6 Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab. Cancel
7 Culture, Konformitätsdruck und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind
8 unvereinbar mit den Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Das Gleiche gilt für den neuen
9 politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder
10 ihre Sprache zu reglementieren.

11 Eines der maßgeblichen Ziele unserer Partei ist es, unsere Demokratie zu schützen und
12 weiterzuentwickeln. Daher sollten die Möglichkeiten von mehr direkter Demokratie in der
13 Thüringer Verfassung erweitert werden.

14 Unser Land ächzt unter teilweise lebensfremden und hemmenden Vorschriften, die das
15 Vertrauen freier und mündiger Bürger in demokratische Institutionen untergraben. Das
16 wollen wir ändern.

17 **BSW-Migrationspolitik stellt Integration in den Mittelpunkt**

18 Wir bekennen uns zum Asylrecht und wehren uns gegen eine Politik, die die Schwächsten
19 unserer Gesellschaft gegeneinander ausspielt, wenden uns aber gleichzeitig gegen
20 Asylmissbrauch und unkontrollierte Einwanderung in die Sozialsysteme.

21 Im Fokus unserer Migrationspolitik steht die Integration. Wir wollen, dass Thüringerinnen und
22 Thüringer über Umfang und Ausgestaltung legaler Migration mitentscheiden. Die
23 Leistungsfähigkeit ist für uns maßgeblich für eine gelingende Integration geflüchteter
24 Menschen.

25

1. Demokratie und Teilhabe

2

3 Als Partei der Vernunft und Gerechtigkeit sehen wir die Menschen als mündige, freie
4 Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir das Miteinander und eine offene Debattenkultur
5 fördern. Wir wollen die demokratische Teilhabe und Willensbildung stärken und die
6 Bürgerinnen und Bürger mehr in politisches Handeln einbeziehen.

7 Die Menschen in unserem Land müssen mitbestimmen können, vor allem dann, wenn sie von
8 politischen Vorgaben direkt betroffen sind. Dazu gehört es auch, Betroffene umfassend und
9 verständlich zu informieren.

10 Dass wir in einer Demokratie leben können, unterscheidet uns in Deutschland und der
11 Europäischen Union von diktatorischen, oligarchischen und autoritären Staaten in Europa und
12 der Welt. Sie zu schützen und weiterzuentwickeln ist eines unserer maßgeblichen Ziele.

13 Dafür müssen die Möglichkeiten von mehr direkter Demokratie in der Thüringer Verfassung
14 erweitert werden! Dazu gehört, dass Volksbegehren künftig auch über Fragen entscheiden
15 sollen, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind. Das sogenannte Finanztabu muss
16 fallen. Mit dem Verein Mehr Demokratie e.V. Thüringen wollen wir uns auf zeitgemäße
17 Hürden für das Zustandekommen von Volks- und Bürgerbegehren verständigen.

18 Nach dem Modell des fakultativen Referendums der Schweiz wollen wir die Möglichkeit
19 schaffen, dass Bürger vom Landtag beschlossene Gesetze aufhalten oder korrigieren können.

20 Thüringen soll das erste Land werden, das neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen
21 auf einen 100-Tage-Prüfstand stellt, innerhalb dessen Bürger Einwände geltend machen und
22 das Inkrafttreten neuer Regelungen verhindern können.

23 Demokratische Teilhabe hängt, gerade unter Krisenbedingungen, entscheidend ab vom Willen
24 und der Fähigkeit demokratischer Institutionen, Widerspruch und Debatte zuzulassen, sodass
25 gesellschaftliche Probleme offen benannt und verhandelt werden können – ohne Tabus.

26 Nach wie vor sind die Menschen im Osten Deutschlands massiv benachteiligt. Das ost-
27 deutsche Lohnniveau liegt weiterhin 21 % unter dem im Westen. Weder in den Eliten der
28 Politik, noch in der Verwaltung, den Gerichten, den Hochschulen oder den Medien in
29 Thüringen sind Ostdeutsche proportional zu ihrem gesamtdeutschen Bevölkerungsanteil
30 vertreten. Die Problematik vererbt sich inzwischen offenbar: Auch heute ist die Chance eines
31 jungen Ostdeutschen, an einer hiesigen Universität akademische Karriere zu machen, nur
32 etwa halb so groß wie die Chance eines gleichaltrigen Studenten aus Westdeutschland, der
33 hier studiert. Um diese Disparitäten auszugleichen und endlich angemessene ostdeutsche
34 Teilhabe zu ermöglichen, braucht es – für begrenzte Zeit – eine Möglichkeit der Förderung
35 Ostdeutscher zumindest im Öffentlichen Dienst und der Verwaltung, in Wissenschaft und
36 Kultur.

37

38

1 **Unsere Ziele:**

- 2 • Stärkung der demokratischen Teilhabe und Willensbildung sowie mehr Mitsprache
3 von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb politischer Prozesse – Entwicklung eines
4 Konzeptes für mehr Bürgerbeteiligung und -kontrolle.
- 5 • Neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen sollen auf einen 100-Tage-
6 Prüfstand gestellt werden, innerhalb dessen Bürger Einwände geltend machen und
7 das Inkrafttreten neuer Regelungen verhindern können.
- 8 • Landesgesetzliche Einführung einer Untergrenze von mindestens 50 Prozent bei
9 Stellen-Neubesetzungen mit ostdeutschen Bewerbern (bei gleicher Qualifikation) im
10 Öffentlichen Dienst, insbesondere in der kommunalen und Landesverwaltung, den
11 Ministerien sowie bei Ausschreibungen in Wissenschaft und Kultur in Thüringen,
12 möglichst im Gleichklang mit anderen ostdeutschen Ländern.
13

POLITIK

1 **2. Integration und Migration**

2 **Für Migration, die Integration ermöglicht und einfordert**

3 Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach den
4 Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Für dieses Grundrecht steht das Bündnis Sahara
5 Wagenknecht ein. Allerdings sehen wir, dass aktuell nur ein bis zwei Prozent der in
6 Deutschland ankommenden Zuwanderer einen Schutzstatus im Rahmen des Asylrechts
7 erhalten.

8 Eine gerechte Verteilung und Integration geflüchteter Menschen muss sich an der
9 kommunalen Leistungsfähigkeit orientieren.

10 Thüringerinnen und Thüringer haben das Recht, über Umfang und Ausgestaltung legaler
11 Migration mitzuentcheiden.

12 **Neue Migrationspolitik**

13 Wir werden eine neue Migrationspolitik verfolgen, die die Integration in den Mittelpunkt stellt
14 und somit Akzeptanz schafft.

15 Während der Staat Migration begrenzen muss, kann die Zuwanderung von Fachkräften bei
16 echten Engpässen hilfreich sein.

17 Wer Zuflucht in unserem Land sucht, muss bereit sein, sich zu integrieren, unsere Sprache zu
18 lernen und Arbeit zu leisten.

19 Erste Voraussetzung für gelingende Integration ist, dass die Zahl der Zugewanderten sich in
20 einem Rahmen bewegt, der unsere Gesellschaft nicht überfordert. Deshalb wollen wir die
21 unkontrollierte Migration stoppen. Wir wollen, dass Asylanträge an den EU-Außengrenzen
22 und in Drittstaaten gestellt und entschieden werden und nur Schutzberechtigte in
23 Deutschland Anspruch auf Unterstützung und soziale Leistungen haben.

24 Im Jahr 2023 waren über 200.000 Menschen als ausreisepflichtig registriert, knapp 50.000
25 davon hielten sich ohne Duldung im Bundesgebiet auf. Viele Menschen empfinden es als
26 Staatsversagen, wenn die Ausreise dieser Menschen nicht mit Nachdruck verfolgt wird.
27 Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die sich systematisch darum kümmert, dass
28 Ausreisepflichtige und Menschen ohne Aufenthaltsstatus das Land verlassen.

29 Das gilt auch für all jene, die unser Gastrecht missbrauchen und sich gegen die Normen und
30 Gesetze unseres Zusammenlebens und unsere freiheitliche Grundordnung stellen. Sie dürfen
31 nicht länger staatlich alimentiert werden.

32 Die zunehmende Ausländerkriminalität nehmen wir nicht hin. Straftäter müssen abgeschoben
33 werden. Grundsätzlich muss gelten, dass nur Menschen bei uns bleiben können, die sich an
34 Recht und Gesetz halten.

35 Wir unterstützen die Einführung einer Bezahlkarte, um das Überweisen von deutschem
36 Steuergeld ins Ausland und das Bezahlen von Schleusern zu erschweren.

1 Rassistischen und ausländerfeindlichen Strömungen stemmen wir uns mit voller Kraft
2 entgegen und wollen solchen inakzeptablen Tendenzen in unserer Gesellschaft den
3 Nährboden entziehen.

4 Dabei gilt für uns auch: Wir fordern und fördern die Akzeptanz der Regeln des Grundgesetzes
5 für ein friedliches Zusammenleben. Ein radikaler Islamismus, der die Scharia predigt, die
6 Schaffung eines Kalifats in unserem Land herbeisehnt und den Hass auf unsere Kultur und
7 unsere Werte schürt, hat in Deutschland und Thüringen nichts zu suchen.

8 **Verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab 3 Jahren**

9 Wir fördern mehr Deutschkurse und wollen dazu das ehrenamtliche Unterrichten aufwerten.
10 Sprachkenntnisse sind das A und O für eine gelingende Integration. Hier geht Migrationspolitik
11 Hand in Hand mit Bildungspolitik: Wir fordern verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab
12 3 Jahren. Wird bei einem solchen Test festgestellt, dass Defizite bestehen, muss der Besuch
13 einer Kita verpflichtend sein.

14 **Zugang zum Arbeitsmarkt**

15 Eine wichtige Voraussetzung für gelingende Integration ist der Zugang zum Arbeitsmarkt.
16 Ausländische Qualifikationsnachweise, wenn die Qualifikation mit deutschen Standards
17 vergleichbar ist, bei Erfüllung der entsprechenden Bedingungen anerkannt werden. Danach
18 können Arbeitsgenehmigungen zeitnah erteilt werden. Das führt zur Entlastung der
19 Sozialsysteme und zur erleichterten Integration in die Gesellschaft. Es ist nicht akzeptabel,
20 dass der Beschäftigungsanteil von Flüchtlingen in vielen europäischen Ländern deutlich höher
21 ist als hierzulande. Bereits während des Verfahrens sollten Asylbewerber einfache Tätigkeiten
22 übernehmen und der Gesellschaft dadurch etwas zurückgeben.

23 **Unsere Ziele:**

- 24 • Wahrung des Grundrechts auf Asyl und Stopp der unkontrollierten Migration –
25 Konsequentes Abschieben straffälliger Migranten.
- 26 • Gewinnung ausländischer Fachkräfte, soweit erforderlich, durch bessere
27 Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise, soweit die Ausbildung mit
28 deutschen Standards vergleichbar ist, mithilfe von Förderinstrumenten.
- 29 • Migrationspolitik und Bildungspolitik aus einem Guss: Verpflichtende Deutschkurse
30 und frühkindliche Sprach- und Bildungstests.
- 31 • Ausschließliche Gewährung des verfassungsrechtlich geforderten
32 Existenzminimums für ausreisepflichtige Asylbewerber in Form von Sachleistungen
33 und Anreize für eine schnelle Ausreise.
34

1 3. Corona-Aufarbeitung

2 **Aufarbeitung der Corona-Politik**

3 Wir wenden uns gegen jegliche Bevormundung und Ausgrenzung. Deshalb fordern wir eine
4 konstruktive Aufarbeitung der Corona-Pandemie-Erfahrungen, während der Grundrechte in
5 bisher nicht gekanntem Maße eingeschränkt wurden, auch mit Maßnahmen, die in keinem
6 Pandemieplan vorgesehen waren. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass viele der
7 Maßnahmen keine wissenschaftliche Grundlage hatten und mehr Schaden als Nutzen
8 brachten. Kritiker aus Wissenschaft und allgemeiner Öffentlichkeit, die frühzeitig vor
9 Überreaktion und ungeeigneten Maßnahmen warnten, wurden als Quacksalber,
10 rechtsradikale und unsolidarische Gefährder verunglimpft und an den Rand gedrängt.
11 Menschen, die sich experimentelle, in Rekordzeit entwickelte und zugelassene Impfstoffe
12 nicht spritzen lassen wollten, wurden ebenfalls verunglimpft, diskriminiert und unter Druck
13 gesetzt, sich trotz der drohenden Nebenwirkungen impfen zu lassen. Inzwischen ist bekannt,
14 dass der Nutzen der Impfungen massiv übertrieben und die Nebenwirkungen zu sehr
15 verharmlost wurden.

16 Wir werden uns im Landtag dafür einsetzen, dass die Geschehnisse während der Corona-
17 Pandemie durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss umfassend aufgeklärt
18 werden.

19 Vor einer Aufarbeitung der Rolle der Weltgesundheitsorganisation und der Stiftungen und
20 Konzerne, die Einfluss auf diese ausüben, dürfen Bundestag und Bundesrat einem WHO-
21 Pandemievertrag nicht zustimmen. Alle relevanten Protokolle und Dokumente von Behörden
22 und Expertenräten, aus denen die Entstehung und Datengrundlage der getroffenen
23 Entscheidungen hervorgeht, sind mit auf das unvermeidliche Minimum begrenzte
24 Schwärzungen zu veröffentlichen. Die Berichterstattung und Kommentierung der öffentlich-
25 rechtlichen Rundfunkanstalten ist darauf zu untersuchen, ob sie dem Auftrag zu objektiver
26 Information und Regierungsferne entsprochen hat.

27 **Unsere Ziele:**

- 28 • Aufarbeitung der Corona-Politik im Thüringer Landtag.
- 29 • Prüfung der relevanten Entscheidungen, Datengrundlagen und der Berichterstattung.
- 30 • Entwicklung einer Handlungsempfehlung für zukünftige Pandemien.

31

32

33

34

1 4. Denk-, Rede- und Pressefreiheit

2 Als Partei der Freiheit lehnen wir Denk- und Redeverbote grundsätzlich ab. Wer gendern will,
3 soll gendern. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu denken oder zu reden haben
4 und setzen uns für eine respektvolle, wertschätzende und verständliche Sprache ein.

5 **Für Pressefreiheit ohne Denkvorgaben.**

6 Die Pressefreiheit und eine objektive Berichterstattung sind für uns ein hohes Gut. Wir
7 wenden uns gegen jegliche Tendenzen ihrer Einschränkung oder des Missbrauchs öffentlich-
8 rechtlicher Rundfunkanstalten für parteipolitische Zwecke.

9 Insbesondere seit der Corona-Pandemie muss sich ein Teil der Berichterstattung der
10 öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Vorwurf auseinandersetzen, einseitig zu berichten.
11 Diese Skepsis betrifft auch die Einseitigkeit in der medialen Darstellung der Ursachen und des
12 Verlaufes des Ukraine-Kriegs. Die Berichterstattung und Kommentierung unserer öffentlich-
13 rechtlichen Rundfunkanstalten sollte deshalb darauf hinterfragt werden können, ob sie dem
14 Auftrag zu objektiver Information und Regierungsferne entspricht. Wir brauchen eine offene
15 Debatte darüber, wie das Vertrauen in die politische Berichterstattung von Medien gestärkt
16 werden kann.

17 **Unsere Ziele:**

- 18 • Einrichtung einer Enquete-Kommission beim Thüringer Landtag zur Untersuchung der
19 Berichterstattung und Kommentierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
20 im Hinblick darauf, ob sie dem Auftrag zu objektiver Information und Regierungsferne
21 entspricht. Wege zur Stärkung des politischen Pluralismus und des Dialogs zwischen
22 Medienvertretern und Zuschauern und Zuhörern sowie zur Stärkung
23 bürgerschaftlicher Medien, sollten aufgezeigt werden.

24

25

26

27

28

29

30

1 5. Unterstützung des Ehrenamtes

2 Ohne das Ehrenamt wäre unser Land ärmer. Unglaublich viele Thüringerinnen und Thüringer
3 engagieren sich ehrenamtlich für die Belange der Allgemeinheit. Wir sind dankbar für dieses
4 mit viel Zeitaufwand verbundene Engagement! Allerdings sehen wir es gefährdet. Vielen
5 Vereinen fehlen junge Mitglieder. Vereinsvorstände und ehrenamtliche Führungskräfte leiden
6 häufig unter hohen, bürokratischen Anforderungen sowie Haftungsrisiken.

7 Wir wollen die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement in unserem Land
8 verbessern, indem Fragen der Haftungsfreistellung oder Haftungsbegrenzung für Vorstände
9 geklärt, Anforderungen an die Qualifizierung ehrenamtlich Tätiger in vertretbarem Rahmen
10 gehalten und ehrenamtlich Engagierte bei der Erlangung notwendiger Qualifikationen
11 unterstützt werden.

12 Ehrenamt braucht aber auch finanzielle Unterstützung und Anerkennung. Wir wollen die
13 Förderung des Ehrenamtes verbessern und die Thüringer Ehrenamtsstiftung stärken.

14 Wir unterstützen die geplante Errichtung eines Bürgerforums für die Bundesrepublik
15 Deutschland zur Unterstützung der wertvollen Arbeit gemeinnütziger Verbände und
16 Organisationen.

17 **Unsere Ziele:**

- 18 • Verbesserungen der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement durch
19 Haftungsfreistellung oder -begrenzung, Begrenzung der Anforderungen an die
20 Qualifizierung ehrenamtlich Tätiger und Unterstützung bei der Erlangung
21 notwendiger Qualifikationen.
- 22 • Unterstützung bei der Errichtung eines Bürgerforums für die Bundesrepublik
23 Deutschland zur Förderung und Unterstützung der Arbeit gemeinnütziger Verbände
24 und Organisationen.

25

26

1 II Bildung und kulturelle Vielfalt

2 **Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen gesellschaftlichen Entwicklung**

3 Unser Bildungssystem genügt weder im internationalen Vergleich den Anforderungen, noch
4 bereitet es unsere Kinder wirklich auf das Leben vor. Das wollen und das müssen wir ändern!

5 **Mehr Lebensnähe in der Bildung**

6 Damit Schule ein Ort sein kann, an dem nicht nur Wissen, sondern auch Fähigkeiten und
7 Fertigkeiten vermittelt werden, die Orientierung und Halt fürs Leben geben, braucht es mehr
8 Geld im Bildungssystem und eine Fokussierung auf Lehrerbildung und deren Unterstützung.
9 Wir wollen, dass unsere Kinder nicht pauken, sondern denken lernen und einen guten Start in
10 das Leben nach der Schule haben.

11 **Kultur ist unverzichtbar für Freiheit und Demokratie**

12 Kultur ist die geistige Grundlage für ein erfülltes Leben und ein Lebenselixier für Freiheit und
13 die demokratische Gesellschaft. Wir stehen für den Erhalt der reichen Kulturlandschaft in
14 Thüringen und das Recht auf einen barriere- und voraussetzungsfreien Zugang zu den
15 Kulturangeboten für alle, zu allen Genres und in allen Lebensräumen.
16

1. Grundlegend bessere Bildung

2. Mehr Lebensnähe in der Bildung

Wir fordern: Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und auf die Regeln der deutschen Sprache (Genderverbot). Smartphones und iPads sollen in den Grundschulen nicht eingesetzt werden. Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer, Abbau von Arbeitsüberlastung durch mehr Personal und Konzentration auf das pädagogische Können – damit endlich keine Unterrichtsstunde mehr ausfällt.

Damit Schule ein Ort sein kann, an dem nicht nur Wissen, sondern auch Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, die Orientierung und Halt fürs Leben geben, braucht es mehr Geld im Bildungssystem und eine Fokussierung auf Lehrerbildung und deren Unterstützung. Wir wollen, dass unsere Kinder nicht pauken, sondern Denken lernen und einen guten Start in das Leben nach der Schule haben. Dies erfordert politischen Willen und eine Rückbesinnung auf pädagogische Tugenden.

Handwerker braucht das Land. Deshalb wollen wir fundiertes und anwendungsbereites Wissen, besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sowie Kenntnisse über handwerkliche Berufe und Perspektiven vermitteln, z.B. mit praktischem Unterricht und Berufsorientierung.

Wir werden nur Menschen für das Amt des Bildungsminister vorschlagen, die eine langjährige Berufserfahrung im Bereich Bildung oder Wissenschaft haben.

3. Analoges Lernen im Vordergrund

Wir machen Thüringen zum ersten Bundesland, in dem Kinder mit dem Verlassen der Grundschule wieder sicher lesen, schreiben und rechnen können. Das bedeutet beispielsweise, dass wir das Schreibenlernen nach Gehör und das Erlernen der Druckschrift vor der Schreibrift ablehnen. Das Erlernen der Schulausgangsschrift als Basis für eine lesbare Handschrift muss für alle Grundschüler wieder die Norm werden.

Digitale Fähigkeiten sind wichtig, aber in der Grundschule soll das analoge Lernen im Vordergrund stehen. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, werden wir bis zum Ende der Grundschule aus den Klassenzimmern verbannen.

Ausreichende Deutschkenntnisse sind die Basis für erfolgreiches Lernen. Vor allem in diesem Bereich versagt unser aktuelles Bildungssystem. Wir fordern daher verpflichtende Sprachtests für Kinder ab 3 Jahren, um bei etwaigen Defiziten reagieren zu können – mit einem verpflichtenden KITA- oder Vorschulbesuch. Die sprachliche Förderung muss sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen qualitativ und quantitativ besser werden.

4. Bessere Basiskompetenzen – längeres gemeinsames Lernen

Kinder verfügen zum Zeitpunkt ihres Schuleintritts über keine einheitlichen Basiskompetenzen. Wir brauchen für den Kindergarten einen verpflichtenden Lehrplan für den Erwerb dieser Basiskompetenzen und mit einer für alle Kinder verbindlichen Vorschulerziehung.

1 Unsere Kinder sollen länger gemeinsam und vor allem lebensnah und lebensvorbereitend
2 lernen. Den Schulformenwechsel nach Klassenstufe 4 halten wir für verfrüht.

3 Wir stehen für den Erhalt unseres gegliederten Schulsystems, um den unterschiedlichen
4 Lernbedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Dem Erwerb der Mittleren Reife muss
5 wieder mehr Beachtung geschenkt und die Regelschule gestärkt werden.

6 Damit Kinder zu allumfassend gebildeten Menschen werden können, die mit Mut, Lust und
7 Kreativität Zukunftsaufgaben anpacken, wollen wir durch schulische und außerschulische
8 Angebote auch kreatives Lernen sowie die Ausprägung haptischer, künstlerischer und
9 musischer Fertigkeiten fördern.

10 Wir fordern ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen für alle Kinder.

11 Kinder mit Lernschwierigkeiten, wie z.B. LRS und Dyskalkulie, wollen wir besser unterstützen
12 und dafür ein Therapeutennetzwerk in Thüringen aufbauen, zu dem alle Kinder bei Bedarf
13 Zugang erhalten sollen.

14 **Thüringen braucht seine Lehrer**

15 Gute Schule braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer! Wir fordern die Einführung
16 eines verbindlichen Curriculums für das Lehramtsstudium in allen Fachbereichen, das auf das
17 Tätigkeitsspektrum des Lehrerberufs ausgerichtet ist. Das Lehramtsstudium ist wie das
18 Medizinstudium eine akademische Berufsausbildung und muss dem auch gerecht werden.

19 Unser Freistaat muss endlich ein attraktiver Arbeitgeber werden, der wertschätzend mit
20 seinen Lehrern umgeht und ihnen attraktive Zukunftsperspektiven bietet. Dazu gehören auch
21 Beförderungen und Aufstiegschancen. Nur so lassen sich offene Stellen besetzen und
22 Unterrichtsausfall bekämpfen. Mit dualen Ausbildungsformen und der Anerkennung
23 ausländischer Bildungsabschlüsse wollen wir Quereinsteigern den Einstieg ermöglichen und
24 erleichtern.

25 Lehrerinnen und Lehrer sollen in erster Linie unterrichten. Wir treten dafür ein, dass
26 Schulverwaltung, Schulen und deren Personal durch eine einheitliche Schulverwaltungs- und
27 Planungssoftware von unnötiger Verwaltungsarbeit entlastet werden.

28 **Bessere Inklusion**

29 Wir stärken die inklusive Bildung. Dazu muss genügend Personal zur Verfügung gestellt
30 werden, um die Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in reguläre Schulklassen zum
31 Vorteil aller Schüler zu ermöglichen. Inklusive Schulbildung braucht bessere Voraussetzungen,
32 damit Jugendliche mit Behinderung einen guten Start ins Berufsleben finden und damit ein
33 selbstbestimmtes Leben führen können.

34 Die bisherigen Programme-„Budget für Ausbildung“ und „Budget für Arbeit“ haben nicht
35 ausreichend dazu geführt, dass Menschen mit Beeinträchtigung eine Berufsausbildung
36 absolvieren bzw. eine Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt beginnen. Wir wollen neue
37 Instrumente schaffen, um inklusive Übergänge zu gewährleisten, auch um dem Arbeits- und
38 Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

1 Die Förderzentren wollen wir mehr und nachhaltiger unterstützen. Hier gelten die Maßgaben
2 der im Bildungskapitel genannten Grundsätze. Wir setzen uns für den Erhalt der
3 Förderschulen ein.

4 **Neue Lehrkonzepte für digitale Kompetenzen**

5 Mit zunehmender Digitalisierung muss der Erwerb praktischer Digital- und Medienkompetenz
6 nach der Grundschule einen stärkeren Stellenwert bekommen. Hierzu bedarf es neuer Lehr-
7 und Lernkonzepte sowie einer zeitgemäßen technischen Ausstattung. Nur so schaffen wir es,
8 dass Thüringen die Zukunft aktiv und erfolgreich gestalten kann.

9 **Bessere Kita- und Hortbetreuung**

10 Wir brauchen Kitas und Horte, die den Eltern die Freiheit für eine berufliche Laufbahn geben.
11 Berufstätigen Eltern dürfen keine Nachteile entstehen. Dazu bedarf es eines guten
12 Betreuungsangebotes und der Chancengleichheit für alle Kinder. Hierzu fordern wir kleinere
13 Gruppen und einen besseren Personalschlüssel.

14 Wir brauchen verbindliche Sprachförderung, vor allem bei den Kleinsten, damit diese optimal
15 auf die Schule vorbereitet werden.

16 In den Horten fordern wir einen besseren Personalschlüssel und die Möglichkeit von Voll- und
17 Teilzeitbeschäftigung.

18 **Wissenschaft stärken**

19 Bildung und Wissenschaft gehören für uns zusammen. Deshalb streben wir die
20 Zusammenführung beider Bereiche in einem Ministerium an.

21 Thüringer hat eine breite Forschungslandschaft, die es zu erhalten und zu erweitern gilt.

22 Unsere Thüringer Universitäten und Hochschulen haben gute Voraussetzungen, um Lehre und
23 Forschung zu betreiben und sich weiterzuentwickeln. Diese Bedingungen wollen wir
24 verstetigen und ausbauen.

25 Die von Bund und Land geförderte Exzellenzinitiative leistet einen wichtigen Beitrag zur
26 Unterstützung von Spitzenforschung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Freistaat seinen
27 finanziellen Beitrag für die Exzellenzförderung leisten wird.

28 Der Mittelbau an Universitäten und Hochschulen ist die tragende Säule der Lehre. Leider ist
29 es gängige Praxis, dass viele Beschäftigungsverhältnisse durch Splittung von Stellenanteilen
30 und die Absicherung der Lehre durch Lehraufträge (Honorartätigkeit) in diesem Bereich prekär
31 sind. Eine angemessene Finanzierung des Lebensunterhalts und das Gründen einer Familie
32 sind oft nicht möglich. Das wollen wir ändern durch eine angemessene Anzahl verpflichtender
33 Vollzeitstellen für besondere und dauerhafte Aufgaben in der Lehre sowie in der Betreuung
34 von Großgeräten und Sammlungen, denn besondere und dauerhafte Aufgaben rechtfertigen
35 die unbefristete Einstellung von Lehrkräften und wissenschaftlichen Mitarbeitern. Wir werden
36 die Universitäten und Hochschulen auffordern, ein entsprechendes Personalkonzept zu
37 erstellen, damit dem wissenschaftlichen Nachwuchs transparente und verlässliche
38 Karriereoptionen eröffnet werden. **Unsere Ziele:**

- 1 • alle Kinder sollen mit dem Verlassen der Grundschule wieder sicher lesen, schreiben
- 2 und rechnen können.
- 3 • Fokus der Grundschule auf analoges Lernen und die Regeln der deutschen Sprache.
- 4 • Wir fordern ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen für alle Kinder.
- 5 • Mehr Sprachförderung zur Vorbereitung auf die Schule.
- 6 • Längeres gemeinsames Lernen.
- 7 • Neue Lehrkonzepte für digitale Kompetenzen.
- 8 • Bessere Personalschlüssel in Kitas und Horten.
- 9 • Zusammenführung von Bildung und Wissenschaft in einem Ministerium.
- 10 • Förderung der Profilbildung und des internationalen Austauschs von Hochschulen.
- 11

POLITIK

1 2. Vielfältige Kultur

2 Unser Kulturbegriff kennt keine Schubladen und keine Ausgrenzung. Das Gute zu bewahren,
3 Neues zu fördern und das Schreckliche nicht zu vergessen ist uns Pflicht. Kultur ist in unserem
4 Sinne ein Prozess, mit dem wir uns unsere Wirklichkeit als bedeutungsvoll erschaffen.
5 Insbesondere die Thüringer Geschichte ist geprägt von einem einzigartigen Reichtum an
6 Kultur. An der Kultur wird jedoch immer zuerst gespart. Nicht mit uns! Denn Kulturförderung
7 ist Demokratieförderung.

8 **Goethe, Schiller und Bach für alle**

9 Wir wollen Schülerinnen und Schülern eine Kultur-Card, nach dem Vorbild der Inclusive-Cards
10 in Tourismusregionen bieten, die den kostenlosen Zugang zu kulturellen Einrichtungen
11 ermöglicht.

12 Für die Kultur-Fahrdienste streben wir eine Förderung an.

13
14 Qualitative Kulturangebote müssen nicht nur in Ballungszentren, sondern auch im ländlichen
15 Raum zur Verfügung stehen.

16 Jugendprojekte zur Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung wollen wir aktiv fördern. Dies gilt
17 auch für den innereuropäischen Jugendaustausch. Mit einem europäischen Jugendcampus –
18 einer bürgerschaftlich getragenen Idee der Dualen Hochschule Gera-Eisenach – wollen wir
19 junge Menschen aus Deutschland und ganz Europa nach Thüringen einladen, damit sie
20 Praxiserfahrungen sammeln und gemeinsam an innovativen Ideen und Projekten für die
21 Zukunft arbeiten können.

22 Thüringens lebendige Theater- und Orchesterkultur, bedeutende Festivals und eine freie
23 Szene sind ein großer Standortvorteil. Diesen wollen wir stärken und ausbauen.

24 Kulturschaffende sollen einen sicheren Rahmen für ihre Aktivitäten finden. Viele
25 Künstlerinnen und Künstler müssen mit befristeten und schlecht bezahlten Verträgen
26 zurechtkommen. Hieraus resultieren Abhängigkeit und inakzeptable Arbeitsbedingungen und
27 damit einhergehende Auswirkungen auf die künstlerische Arbeit und Qualität. Wir setzen uns
28 für faire, diskriminierungsfreie und wertschätzende Arbeitsbedingungen ein.

29 Musik, Kunst und Sport fördern Kreativität und Ausdauer. Daher ist es wichtig, die Kultur- und
30 Sportinstitutionen mit den Schulen zu vernetzen und auch die Jugendkunst- und Musikschulen
31 zu stärken. Kirchen wollen wir beim Erhalt ihrer, oft ortsbildprägenden Denkmäler,
32 unterstützen. Gedenkstätten und Orte einer lebendigen Debattenkultur und
33 Demokratiebildung wollen wir fördern und neue Orte der Begegnung und eines lebendigen
34 Gedenkens schaffen.

35 Wir unterstützen und fördern den interkulturellen und interreligiösen Dialog, Weltoffenheit,
36 Toleranz und Völkerverständigung. Gerade in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen darf
37 die Idee der Völkerverständigung nicht aufgegeben werden.

1 Städte- und Regionalpartnerschaften, den Austausch von Jugendgruppen, von
2 Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden wollen
3 wir aufrechterhalten und fördern.

4 Regionales Friedensengagement, wie die Bekenntnisse als „Städte des Friedens“ oder der
5 „Mayors for Peace“, sollten auch von der Landesebene unterstützt werden. Kultur ist für uns
6 gerade in Zeiten zunehmender Aggressivität in der Auseinandersetzung ein besonders
7 wichtiges Mittel zum gegenseitigen Austausch, zur Förderung von Verständnis. Der Genuss
8 vielfältiger kultureller Angebote macht das Leben in Thüringen lebenswerter und soll allen
9 zugänglich sein.

10 **Unsere Ziele:**

- 11 • Kulturförderung ist Demokratieförderung – keine weiteren Einsparungen zu Lasten
12 der Kultur.
- 13 • Unterstützung von Projekten zur Etablierung einer lebendigen Debattenkultur und
14 Demokratiebildung.
- 15 • Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs.
- 16 • Ausbau des Jugendaustausches und Förderung von Projekten, die dem
17 internationalen Austausch, der Friedenssicherung und der Förderung des
18 gegenseitigen Verständnisses dienen.
- 19 • Faire, diskriminierungsfreie und wertschätzende Arbeitsbedingungen für
20 Künstlerinnen und Künstler.
- 21 • Stärkung der freien Theaterszene und der soziokulturellen Einrichtungen.
22

1 **III Leistungsfähiger Staat, leistungsfähige Kom-** 2 **munen, Zukunft im ländlichen Raum**

3 **Mehr Unterstützung für die Kommunen**

4 Zur Sicherung von Freiheit und Demokratie in Thüringen gehören starke Kommunen, eine
5 bürgernahe Polizei, eine effektive und schnelle Justiz, eine deutliche Begrenzung und klare
6 Steuerung von Migration sowie eine offene und vielfältige Kultur.

7 In den Kommunen erleben die Menschen unmittelbar, was Freiheit und Demokratie
8 bedeuten. Hier spüren sie, was gut läuft und müssen erdulden, was schlecht läuft. In
9 Thüringen sind die Probleme offensichtlich: Die Infrastruktur zerbröseln, Kommunen werden
10 immer mehr mit Aufgaben überfordert, deren unzureichende Finanzierung sie vor fast
11 unlösbare Probleme stellt und daran hindert, ihre Pflichtaufgaben schnell, effektiv und
12 bürgernah zu erfüllen. Hier ist ein deutliches Umsteuern nötig.

13 **Mehr Fokus auf die Entwicklung des ländlichen Raumes**

14 Thüringen ist ländlich geprägt. Gerade auf dem Land haben viele Menschen das Gefühl, von
15 der Entwicklung abgeschnitten zu sein. Sie fühlen sich an vielen Stellen benachteiligt und
16 haben sich nicht zuletzt deshalb aus Protest dem rechten Parteienspektrum zugewandt. Dies
17 nehmen wir wahr und ernst. Deshalb richten wir unseren Fokus vor allem darauf, das
18 Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit ländlicher Strukturen zu entwickeln und zu
19 fördern.

20 **Regierungshandeln mit Kompetenz und Kommunikation**

21 Die Thüringer Landesregierung muss sich als wichtigste und kreativste Ideenschmiede für die
22 Zukunft des Landes verstehen. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die vernünftige
23 und gerechte, vor allem aber innovative Ideen und Konzepte erfordern. Dazu braucht es
24 Kompetenz, Mut und Ideen. Für uns steht das Land im Mittelpunkt, nicht die Partei. Das
25 bedeutet, dass wir offen für gute Ideen sind, auch wenn sie nicht von uns stammen. Für uns
26 bedeutet es aber auch, dass Regierungshandeln so kommuniziert wird, dass es die Menschen
27 verstehen.

28

1. Leistungsfähiger Staat

2. Für einen leistungsfähigen Staat, der seine Bürger unterstützt

3 Unsere Verwaltung muss immer mehr mit immer weniger Personal leisten. Das wollen wir
4 ändern und dazu beitragen, dass Verwaltung von Bürgerinnen und Bürgern nicht als
5 „Verhinderer“ wahrgenommen wird, sondern als „Möglichmacher“.

6 Wir bemessen erfolgreiches Verwaltungshandeln an der Anzahl erteilter Genehmigungen,
7 statt an der Anzahl geahndeter Verstöße. Dazu braucht es personelle, technische und
8 strukturelle Voraussetzungen. Denn unsere öffentliche Verwaltung wird häufig als nicht
9 leistungsfähig und technisch veraltet erlebt.

10 Eine umfassende Digitalisierungs- und Entbürokratisierungsstrategie ist dringend erforderlich.
11 Dabei wollen wir die Erfahrungen anderer Bundesländer und unserer europäischen Nachbarn,
12 z.B. Estlands, nutzen. Thüringen soll zum digitalen Vorreiter in Deutschland werden.

13 Digitalisierung kann und soll aber nicht persönliche Ansprechpartner ersetzen, wo diese
14 gebraucht werden. Zudem brauchen wir mehr denn je eine verständliche Kommunikation.
15 Leistungsfähigkeit generiert sich aus „Leistung“ und „Fähigkeit“. Deshalb muss bei der
16 Besetzung von Führungspositionen der Landesbehörden die Kompetenz entscheiden, nicht
17 das Parteibuch.

18. Für mehr Bürgernähe und deutlich weniger Bürokratie

19 Unser Land ächzt vor Regelungen und Verordnungen. Das müssen und werden wir ändern.
20 Unverständliche, undurchsichtige, überholte, lebensfremde und investitionshemmende Vor-
21 schriften machen hilflos und wütend.

22 Der gesunde Menschenverstand darf nicht weiter in Regulierungswut und Bürokratie erstickt
23 werden. Der vielfach anzutreffenden Kultur des Misstrauens gegenüber Bürgern, die sich
24 häufig als lästige Antragsteller fühlen, begegnen wir mit einer massiven
25 Entbürokratisierungsstrategie.

26 Thüringen wird das erste Land, das neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen nicht
27 nur auf einen 100-Tage-Prüfstand stellt, bei dem Bürger Einwände geltend machen und das
28 Inkrafttreten verhindern können. Wir wollen, dass Thüringen zum Bundesland mit einer
29 bürgernahen Verwaltung und einer geringen Bürokratie wird.

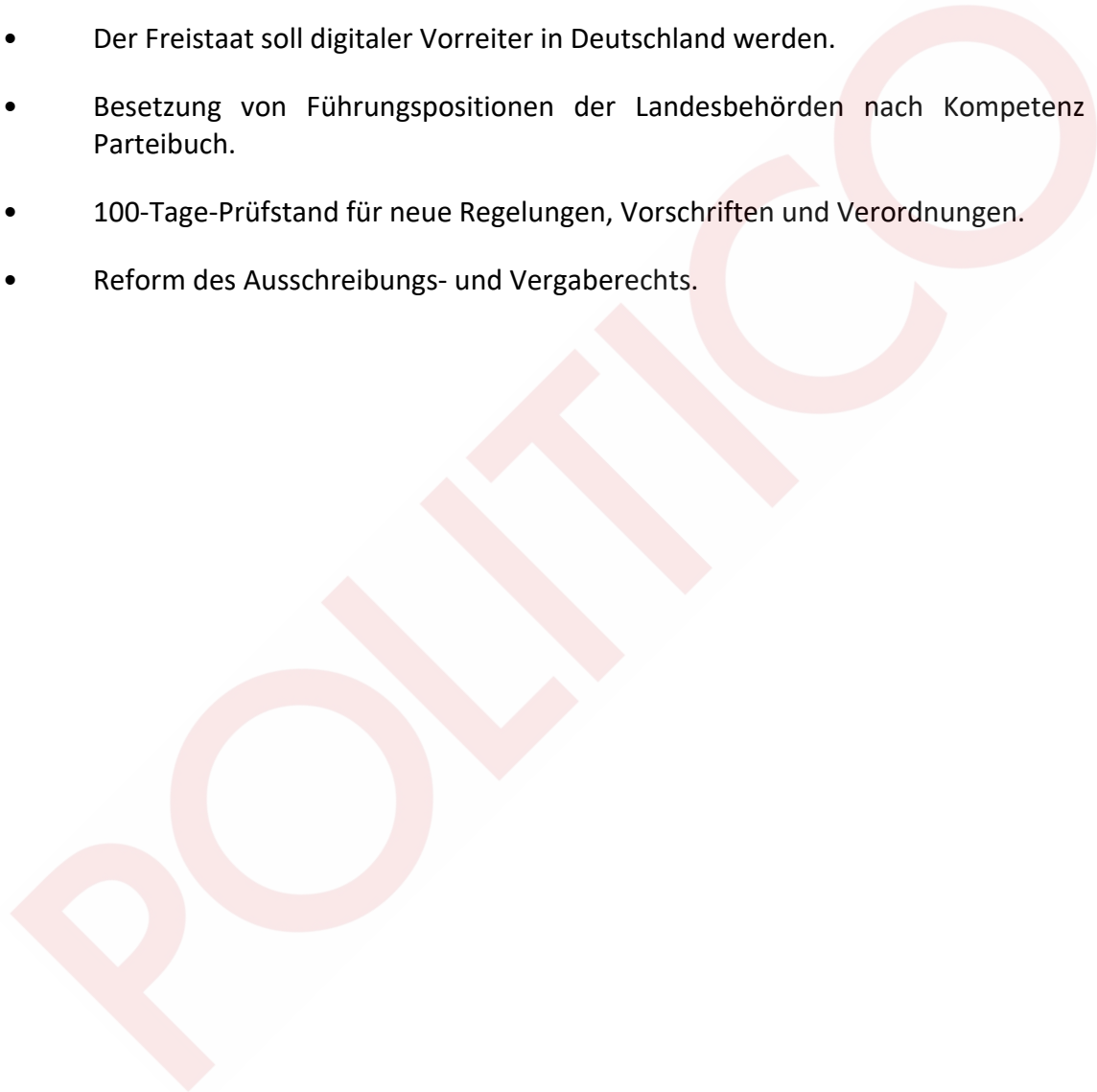
30 Eine zu große Regelungsdichte wirkt sich nicht nur hemmend auf den Einzelnen aus, sondern
31 auch auf unsere Unternehmen. Bürokratische Auflagen sind ein Mühlstein um den Hals der
32 Wirtschaft in Thüringen. Eine Anfrage der BSW-Gruppe im Bundestag deckt auf: Nie zuvor gab
33 es mehr Bürokratie und höhere Bürokratiekosten als unter der aktuellen Bundesregierung.
34 Deshalb setzen wir uns für eine klare Kompetenzerweiterung des Thüringer
35 Normenkontrollrates ein, der dafür zuständig ist, die Kosten und Auswirkungen neuer Gesetze
36 in allen Bereichen einzuschätzen und Empfehlungen abzugeben. Und: Gesetze und
37 Regelungen gibt es genügend, wichtig ist die Kontrolle des Einhaltens derselben. Es ist zu
38 prüfen, ob die Anzahl der Gesetze und Regelungen bei gleicher Rechtssicherheit reduziert

1 werden kann. Weiterhin sollten die von der Thüringer Verwaltung verwandten Anträge und
2 Formulare besser verständlich und nachvollziehbar gestaltet werden.

3 Bei Fördermittelanträgen, die Antragstellern und Unternehmen unnötig Zeit und Geld kosten,
4 wollen wir die Verpflichtung zur Einholung externer Gutachten oder mehrerer Angebote
5 überall dort abschaffen, wo Bundes- und EU-Recht dies ermöglichen.

6 **Unsere Ziele:**

- 7 • Neue Kultur der Verwaltung – „Möglichmachen statt Verhindern“.
- 8 • Der Freistaat soll digitaler Vorreiter in Deutschland werden.
- 9 • Besetzung von Führungspositionen der Landesbehörden nach Kompetenz statt
10 Parteibuch.
- 11 • 100-Tage-Prüfstand für neue Regelungen, Vorschriften und Verordnungen.
- 12 • Reform des Ausschreibungs- und Vergaberechts.
- 13



1 **2. Leistungsfähige Kommunen**

2 **Für eine auskömmliche Finanzausstattung unserer Kommunen**

3 Zuallererst bedarf es einer grundlegenden Reform der kommunalen Finanzierung. Kreise,
4 Städte und Gemeinden leben zu großen Teilen gerade von Steuern, die hochgradig
5 konjunkturabhängig sind: Gewerbe-, Umsatz- und Einkommenssteuer. Wir sind für eine
6 Neuausrichtung der Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und Kommunen. Nötig ist eine
7 auskömmliche, am Bedarf orientierte Finanzierung, die auch regionale Unterschiede
8 berücksichtigt.

9 Die Kommunen sind einer überbordenden Bürokratie ausgesetzt. Kaum etwas geht ohne
10 Fördermittel, die mit riesigem Aufwand beantragt und abgerechnet werden.

11 **Mehr kommunale Selbstverwaltung**

12 Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird. Mit der
13 Vergabe oder Nichtvergabe von Fördermitteln wird in die Kommunen hineinregiert. Sie sollen
14 zukünftig selbst die Prioritäten ihrer Ausgaben festlegen dürfen. Gemacht werden soll, was
15 gebraucht wird und nicht das, wofür gerade Fördermittel da sind. Dafür sind den Kommunen
16 die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

17 Wir wollen unsere Gemeinden, Städte und Landkreise auskömmlich finanzieren. Dazu gehört
18 auch, dass keine weiteren Aufgaben ohne vollständige Finanzierung auf sie übertragen
19 werden. Mit den Kommunalen Spitzenverbänden wollen wir die Sinnhaftigkeit der bisherigen
20 Aufgabenzuordnung prüfen und Wege finden, die Verwaltungen leistungsfähiger und
21 effektiver zu gestalten. Wir werden die kommunale Zusammenarbeit erleichtern und fördern.

22 Viele Thüringer Kommunen sind nicht in der Lage, wirtschaftlich stärker tätig zu werden.
23 Deshalb wollen wir die Möglichkeiten von Kreditaufnahmen für wirtschaftliche Tätigkeiten
24 erweitern.

25 Das Landesverwaltungsamt wollen wir umbauen zu einer Dienstleistungsbehörde für
26 Kommunen. Der Geist der Verhinderungskultur und kommunalen Gängelung muss der
27 Vergangenheit angehören.

28 **Keine weitere Kommerzialisierung von Kliniken, Energieversorgung, Wasser und ÖPNV**

29 Wir stehen für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Privatisierungen und
30 Ausgliederungen, die oft nur der Tariffucht dienen, lehnen wir ab. Deshalb werden wir
31 Kommunen beim Erhalt ihrer Krankenhäuser, beim Ausbau der Energieinfrastruktur, der
32 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung oder des ÖPNV unterstützen. Gesundheit,
33 Wohnen, Energie- und Wasserversorgung müssen der kommunalen Kontrolle unterliegen. Sie
34 dürfen nicht der Profitmacherei dienen.

35 In den Kommunen sind die Menschen zu Hause. Hier wollen sie ein attraktives Wohnumfeld
36 vorfinden. Dazu gehört eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, aber auch eine
37 ausreichende Zahl an Einkaufsmöglichkeiten und gastronomischen Einrichtungen. Dies muss

1 auch in kleinen Gemeinden gewährleistet sein, sonst stirbt der Ort. Deshalb wollen wir
2 alternative Betreibermodelle wie Genossenschaften fördern.

3 **Mehr interkommunale Zusammenarbeit**

4 Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit stärken und fördern, wo immer das
5 fachpolitisch sinnvoll erscheint. Dazu prüfen wir auch die Einführung einer neuen
6 Raumordnungskategorie Regiopole in der Landesentwicklungsplanung.

7 Kommunen, die wichtige Leistungen für Umlandgemeinden erbringen, wie zum Beispiel das
8 Vorhalten von Schwimmhallen für den Schulsport, bedürfen der Unterstützung. Dafür wollen
9 wir neue Modelle entwickeln.

10 Freiwillige Gemeinde- und Kreisfusionen wollen wir weiterhin fördern.

11 **Unsere Ziele:**

- 12 • Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung der Profitmacherei
13 entziehen und kommunale und gemeinnützige Anbieter fördern.
- 14 • Reform der kommunalen Finanzierung und Neuausrichtung der Beziehungen
15 zwischen Kommunen und Freistaat.
- 16 • Abbau von Bürokratie bei der Vergabe von Fördermitteln für die Kommunen.
- 17 • Öffentliche Daseinsvorsorge statt weiterer Kommerzialisierung von Kliniken,
18 Energieversorgung, Wasser und ÖPNV.
- 19 • Mehr kommunale Selbstverwaltung und Stärkung der interkommunalen
20 Zusammenarbeit.
21

1 **3. Sicherheit für alle Bürger**

2 **Alles staatliche Handeln muss dem Schutz der Menschen- und Bürgerrechte dienen**

3 Sicherheit ist die Grundlage für die Freiheit der Menschen in unserem Land und für das
4 friedliche Zusammenleben. Wir stehen für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und
5 Freiheit. Einen übergriffigen Staat lehnen wir ab, weshalb immer die Verhältnismäßigkeit der
6 Mittel und die universelle Unschuldsvermutung gelten müssen. Jedermann soll sich in der
7 Öffentlichkeit frei entfalten können, ohne Angst vor Beobachtung und Überwachung.

8 Bürgerinnen und Bürger bemängeln allzu oft eine mangelnde Polizeipräsenz und ein
9 unzureichendes Sicherheitsgefühl im Alltag. Das muss sich ändern. Mehr Präsenz schafft mehr
10 Sicherheit. Polizei und Rettungskräfte müssen personell, technisch und strukturell so
11 ausgestattet werden, dass sie alle Aufgaben der Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung,
12 Präventionsarbeit und Verkehrssicherheit etc. optimal lösen können.

13 Die Polizei soll bürgernah agieren und präventiv handeln. Sie muss im Bedarfsfall schnell
14 verfügbar sein. Dazu muss die Polizei über eine angemessene Personalausstattung verfügen,
15 vor allem im Streifen- und Ermittlungsdienst. Mehr Stellen, bessere Ausrüstung, die
16 Verschlankung von Verwaltungsstrukturen auch durch Digitalisierung machen unsere Polizei
17 effektiver und effizienter.

18 Eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung der Polizei ist die Grundlage für ihr
19 professionelles Handeln. Insbesondere verbesserte Konfliktdeeskalationsstrategien und
20 psychologische Kenntnisse müssen in Zukunft mehr Berücksichtigung finden.

21 **Mehr Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder**

22
23 Schutz vor Gewalt, vor allem für Frauen und Kinder, ist für uns ein wichtiges Thema. Wir
24 werden die Gewaltprävention stärken sowie Frauenhäuser und andere Strukturen, in denen
25 Betroffene Hilfe suchen, besser unterstützen. Kommunen sind weiter anzuhalten, dass Frauen
26 und Kinder wohnortnah Hilfeangebote bei häuslicher Gewalt finden. Dies gilt im Besonderen
27 für Unterbringungsmöglichkeiten. Wir wollen flächendeckend Frauenhäuser, die durch das
28 Land stärker unterstützt werden.

29
30 Deutschland hat im Jahr 2017 die Istanbul-Konvention ratifiziert, ein internationales
31 Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen,
32 welches seit 2018 geltendes Recht ist. Für die Umsetzung wollen wir einen Maßnahmenplan
33 erarbeiten und die Strukturen zur Gewaltbekämpfung und -prävention ausbauen und die
34 entsprechenden Bereiche bei Polizei und Justiz stärken und reformieren.

35 **Für die Stärkung von Feuerwehr, DLRG, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**

36 Feuerwehr, DLRG, Katastrophenschutz und Rettungsdienst stellen elementare Bestandteile
37 staatlicher Daseinsvorsorge dar, die vom Land stärker unterstützt werden müssen, da
38 Kommunen mit den immensen Kosten häufig überfordert sind.

1 Im Bereich der Notfallhilfe setzen wir uns für eine gute Ausstattung, optimale Qualifikation
2 und breite Würdigung des Engagements der Einsatzkräfte ein. Wir verurteilen jegliche
3 Behinderung der Arbeit der Rettungskräfte, wie Straßenblockaden etc.

4 Für die Freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum wollen wir eine Unterstützung durch
5 hauptamtliche Kräfte. Die Ausbildungskapazitäten an der Thüringer Landesfeuerwehr- und
6 Katastrophenschutzschule müssen erweitert werden.

7 Medizinische, Brandschutz- und Hilfeleistungskennnisse sowie diesbezügliche
8 Weiterbildungen sollen in der Breite der Bevölkerung gefördert werden.

9 Die politische Instrumentalisierung des Katastrophenschutzes als Werbung für
10 „Kriegstüchtigkeit“ lehnen wir ab.

11 **Null Toleranz bei Angriffen gegen die Polizei und Rettungskräfte**

12 Wer Polizei und Rettungskräfte behindert oder angreift, muss konsequent bestraft werden.
13 Ermittlungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch in der Lage sein, die
14 bestehenden Gesetze anzuwenden.

15 **Unsere Ziele:**

- 16 • Eine bürgernahe und gut ausgestattete Polizei, die sichere Straßen, Plätze und Parks
17 für alle Bürger und in allen Wohnbereichen gewährleistet.
- 18 • Verbesserung von Konfliktdeeskalationsstrategien und psychologischen Kenntnissen.
- 19 • Mehr Stellen, bessere Ausrüstung und exzellente Aus- und Fortbildung.
- 20 • Verschlankung von Verwaltungsstrukturen und Digitalisierung.
- 21 • Mehr demokratische Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz im Hinblick
22 auf dessen verfassungsgemäßen Auftrag.
- 23 • Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch hauptamtliche Kräfte.
- 24 • Stärkung von Feuerwehr, DLRG, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten.
25

1 **4. Justiz und Verbraucherschutz**

2 Der Politikansatz des Bündnisses Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit ist es, die
3 Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen. Die Justizpolitik hat dies in den
4 vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Denn: Die Gesetze und Vorschriften in Thüringen
5 sind zu umfangreich und in der Regel für juristische Laien kaum verständlich. Gesetze sind für
6 alle Menschen gemacht und nicht nur für Juristen.

7 Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf gerechte und zügige Gerichtsverfahren. Die
8 Verwaltung soll eine effiziente, nachvollziehbare und bürgerfreundliche Umsetzung der
9 Gesetze im Sinne des Bürgers und nicht gegen diesen bewirken. Deshalb wollen wir Justiz und
10 Verwaltung im Interesse des Bürgers und der Mitarbeiter in Justiz und Verwaltung
11 reformieren.

12 **Verfahrensstau auflösen**

13 Die Thüringer Staatsanwaltschaften, Gerichte und das Personal der Justizvollzugsanstalten
14 arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. Mehr Staatsanwälte und Richter sowie die Digitalisierung
15 von Arbeitsprozessen sollen den Verfahrensstau an den Gerichten auflösen sowie eine
16 schnellere Bearbeitung der Verfahren ermöglichen.

17 **Besser Kenntnisse der Rechte**

18 Wir wollen den Zugang des Einzelnen zum Recht und das Wissen über seine Rechte mehr in
19 die Allgemeinbildung einbeziehen. Hierzu gehört die verstärkte Vermittlung dieses Wissens
20 bereits in der Schule. Da eine gute Rechtsberatung keine Frage des persönlichen Geldbeutels
21 sein darf, setzen wir uns für eine Überarbeitung und Aktualisierung des Zugangs zu einer guten
22 Rechtsberatung als Leistung der Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen
23 ein.

24 **Mehr Verbraucherschutz**

25 Wir wollen und werden die Menschen vor immer undurchsichtigeren Verträgen, AGBs und
26 weiteren, kaum noch zu überschauenden Regelungen zwischen Unternehmen und
27 Verbrauchern schützen und Verbraucherrechte stärken. Deshalb wollen wir die Arbeit der
28 Verbraucherzentrale Thüringen stärken, die für Verbraucherinnen und Verbraucher wichtiger
29 denn je ist. Ihre niedrigschwellige Beratung wollen wir flächendeckend ausbauen, besonders
30 im ländlichen Raum. Außerdem brauchen wir eine Stärkung der Verbraucherbildung. Die
31 institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale wollen wir auf eine langfristige und stabile
32 Basis heben, dazu bedarf es einer auskömmlichen und angemessenen Finanzierung. Als
33 wichtiger Beistand an der Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher fördert sie die soziale
34 Sicherheit und trägt dazu bei, das Vertrauen in staatliche Institutionen und in die Politik
35 wieder herzustellen. Auch die Beratung zum Mieterschutz und die Schuldnerberatung wollen
36 wir weiter fördern.

37 **Mehr Nachwuchs für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug**

38 In den nächsten Jahren gehen viele Richter und Staatsanwälte sowie Rechtsanwälte und
39 Notare in den Ruhestand. Wir werden verstärkt schon in den Schulen und Universitäten aktiv

1 um Nachwuchs für Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug werben und den
2 Freistaat als modernen Arbeitgeber präsentieren, bei dem Berufs- und Privatleben
3 gleichberechtigt Platz finden. Um die Nachwuchsgewinnung zu ermöglichen, wollen wir die
4 juristischen Ausbildungsmöglichkeiten und Studienplätze ausweiten. Davon werden alle
5 juristischen Bereiche und auch die Thüringer Unternehmen profitieren.

6 Wir unterstützen grundsätzlich die Digitalisierung der Justiz. Diese muss allerdings mit
7 Augenmaß und so erfolgen, dass sie zu einer Vereinfachung und Erleichterung für Bürger und
8 Justiz führt. Wir fordern daher die Fortbildung der Mitarbeiter und die Einstellung von IT-
9 Mitarbeitern, welche die Digitalisierung fachlich unterstützen. Die umfassende Digitalisierung
10 kann nur unter der Voraussetzung der Bereitstellung entsprechenden Personals umgesetzt
11 werden.

12 **Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Cyberkriminalität**

13 Für die Herausforderungen aus KI und Cybercrime sehen wir die Ermittlungs- und
14 Strafverfolgungsbehörden nicht ausreichend gerüstet. Dem begegnen wir u. a. mit der
15 Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft. Außerdem setzen wir uns dafür ein, ein
16 Regelwerk für den Umgang mit künstlicher Intelligenz zu erarbeiten.

17 **Schnellere Konsequenzen bei Rechtsverstößen**

18 Gerade im Strafrecht braucht es eine effektivere Vollstreckung verhängter Strafen. Auf die Tat
19 muss schnellstmöglich die ausgeurteilte Strafe folgen. Es darf nicht sein, dass Verfahren
20 eingestellt werden, weil sie nicht fristgerecht abgearbeitet werden können.

21 Dafür wollen wir mehr Personal und Ressourcen bereitstellen. Eine bessere Bezahlung im
22 Justizvollzug halten wir für notwendig und wir brauchen gravierende technische
23 Verbesserungen im IT-Bereich, um Verfahren schneller bearbeiten zu können.

24 Wer im Strafvollzugsdienst arbeitet, sorgt für die Sicherheit von uns allen und verdient
25 unseren besonderen Respekt. Wir wollen die Belastung durch mehr Personal verringern und
26 frühzeitig um Nachwuchs werben. Wir wollen, dass IT- Systeme und Konzepte
27 länderübergreifend einheitlicher werden, um die Effektivität zu steigern und das Personal zu
28 entlasten.

29 Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe des Freistaats. Private Betreiber und private
30 Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab.

31 **Prävention nachhaltig stärken**

32 Von herausragender Bedeutung ist für uns eine früh ansetzende und umfassende
33 Kriminalprävention. Sie muss das Ziel haben, Kinder und junge Menschen zur Übernahme von
34 Verantwortung für ihr Handeln zu erziehen. Deshalb setzen wir uns für mehr
35 Schulsozialarbeiter und Streetworker ein und rücken das Thema Justiz und Justizvollzug in den
36 Lehrplänen stärker in den Vordergrund. Der Besuch von Gerichtsverhandlungen und der
37 Austausch mit Justizvollzugsbediensteten und Anwälten soll obligatorisch werden.

38

1 **Unsere Ziele:**

- 2 • Schaffung von öffentlich finanzierten Beratungsstellen für das Rechtswesen vor allem
3 in ländlichen Gebieten und Unterstützung der bereits vorhandenen anwaltlichen
4 Beratungsstellen.
- 5 • Auflösung des Verfahrensstaus durch bessere personelle Ausstattung und IT-Reformen
6 zur länderübergreifenden Effektivitätssteigerung.
- 7 • Schnellere Vollstreckungen im Strafrecht.
- 8 • Stärkung des Justizpersonals, bessere Bezahlung, Nachwuchssicherung und
9 umfassende IT-Reformen zur länderübergreifenden Effektivitätssteigerung.
- 10 • Früher ansetzende Kriminalprävention unter Einbezug von Schulsozialarbeitern und
11 einer besseren Verankerung von Justiz-Themen in der Schule.
12

POLITIK

1 5. Zukunft im ländlichen Raum

2 **Mehr Fokus der Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum**

3 Thüringen ist ländlich geprägt. Gerade dort haben viele Bürger das Gefühl, von der
4 Entwicklung benachteiligt oder gar abgeschnitten zu sein. Deshalb richten wir unseren Fokus
5 darauf, das Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit ländlicher Strukturen zu entwickeln
6 und zu fördern.

7 Wo Menschen benachteiligt und abgehängt sind, wo es an Infrastruktur und Lebensqualität
8 mangelt, wandert Jugend in die Städte ab und ganze Landstriche vergeisen.

9 Wir wollen, dass das Leben im ländlichen Raum wieder Perspektive hat und Menschen aller
10 Altersgruppen sich hier wohlfühlen und bleiben. Dazu wollen wir ein Programm auflegen, mit
11 dem in jedem Dorf ein Ort geschaffen wird, an dem sich Bewohner treffen und austauschen
12 können. Die Gründung von Genossenschaften wollen wir fördern.

13 Wir wollen die Jugendförderung ausbauen und damit mehr attraktive Freizeitangebote
14 schaffen. Jugendzimmer und Jugendclubs, Musik- und Kunstschulen sollen gefördert werden.

15 **Unsere Ziele:**

- 16 • Entwicklung eines Masterplans Ländlicher Raum, um das Zusammenleben und die
17 Zukunftsfähigkeit ländlicher Strukturen nachhaltig zu stärken.
- 18 • Unterstützung bei der Schaffung von Begegnungsorten in jedem Dorf.
- 19 • Ausbau der Jugendförderung – mehr Freizeitangebote für Jugend auf dem Land.

20

21

1 IV Soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, 2 bessere medizinische Versorgung

3 **Solidarität, Chancengleichheit und soziale Sicherheit für mehr gesellschaftlichen** 4 **Zusammenhalt**

5 Seit Jahren wächst in unserem Land die Ungleichheit. Millionen Menschen arbeiten hart, um
6 sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft
7 am Laufen halten und einen Großteil der Steuern zahlen. Statt dafür den gebührenden
8 Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr Leben in den zurückliegenden Jahrzehnten
9 unsicherer und schwerer geworden. Unsere Politik orientiert sich am Gemeinwohl – und das
10 werden wir für Thüringen mit einem neuen Politikansatz in den Bereichen Gesundheit und
11 Pflege, Bildung, sozialer Ausgleich sowie Wissenschaft und Hochschule erreichen.

12 In Thüringen ist das Sozialstaatsgebot Verfassungsauftrag. Wir wollen den Zerfall des
13 gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten.
14 Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen
15 Grad an sozialer Sicherheit.

16 Thüringen darf bei der Entlohnung nicht länger im „Tabellenkeller“ festsitzen. Um das zu
17 erreichen, sind neben wirtschaftlicher Dynamik auch die Stärkung von Arbeitnehmerrechten,
18 gute Arbeitsbedingungen und weitgehende Tarifbindung nötig. Darauf wird unsere
19 Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet.

20 Es ist nicht hinnehmbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Thüringen immer
21 weiter auseinanderklafft. Politik versagt, wenn Menschen von ehrlicher und harter Arbeit
22 nicht mehr leben können und „aufstocken“ müssen.

23 Wohnungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und andere wichtige
24 gesellschaftliche Einrichtungen wurden und werden an Renditejäger verscherbelt. Die
25 Privatisierung und Kommerzialisierung existenzieller Dienstleistungen müssen gestoppt
26 werden, Kommunen oder gemeinnützige Anbieter sollten in diesen Branchen Vorrang haben.

27

1. Zukunftssichere Gesundheitsversorgung

2. Gegen Profitinteressen in der Gesundheitsversorgung

3 Das deutsche Gesundheitssystem ist eine Zweiklassenmedizin, die überwunden werden muss.
4 Es kann nicht sein, dass Kassenpatienten oft monatelang auf einen Facharzttermin warten
5 müssen und Arztpraxen aufgrund der Honorarordnungen Privatpatienten bevorzugt
6 behandeln, um kostendeckend zu arbeiten.

7 Seit den 70er Jahren hat der Staat seine Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen auf dem
8 Gebiet der Gesundheitsversorgung unverantwortlich an gewinnorientierte Unternehmen
9 abgegeben. Unsere Position hierzu ist klar: Die medizinische Behandlung und der Schmerz von
10 Menschen sind nicht dazu da, Rendite zu erwirtschaften. Die Fehler der vergangenen
11 Regierungen müssen korrigiert werden, indem der Staat seiner Fürsorgepflicht vollumfänglich
12 nachkommt.

13 Gewinnmaximierung gehört für das BSW nicht zur Medizin. Grundsätzlich ist genügend Geld
14 im System, die Krankenkassenbeiträge dürfen in den kommenden Jahren nicht erhöht
15 werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Zahl der Krankenkassen deutlich zu
16 reduzieren. Fast 100 gesetzliche Krankenkassen (die privaten kommen noch dazu), die bis auf
17 marginale Unterschiede dieselben Leistungen erbringen, kosten viel Geld für
18 Verwaltungsaufgaben, das woanders benötigt wird.

19 Thüringen verfügt über die meisten Krankenhausbetten pro Einwohner in ganz Deutschland.
20 Momentan haben viele Kliniken große finanzielle und personelle Schwierigkeiten, und das
21 trifft die Menschen in den ohnehin schon schlechter versorgten Gebieten am meisten. Hier
22 treten wir für eine sinnvolle Umsetzung der Krankenhausreform ein, mit Erhalt einer guten
23 medizinischen Grundversorgung, insbesondere im ländlichen Raum.

24 Die fachärztliche, ambulante Versorgung sollte nach dem Vorbild früherer Polikliniken in
25 erreichbaren Versorgungszentren organisiert und zentralisiert sein. Das schafft wichtige
26 Synergieeffekte für das medizinische Personal und für die Patienten.

27 An der Universität Jena oder an privaten Hochschulen ausgebildete Ärzte sollen im Rahmen
28 von Förderprogrammen für 5-10 Jahre an eine Tätigkeit in Thüringen gebunden werden
29 ("Landarztquote"). Außerdem sind wir für die Stärkung von Telemedizin, Prävention und
30 Gesundheitsbildung.

31 **Unsere Ziele:**

- 32 • Überwindung finanzieller Fehlanreize im Gesundheitswesen. Weitere Reduktion der
33 Anzahl der Krankenkassen auf Bundesebene.
- 34 • Fachärztliche, ambulante Versorgung in erreichbaren Versorgungszentren –
35 nach dem Vorbild früherer Polikliniken. Sinnvolle Umsetzung der (notwendigen)
36 Krankenhausreform, gerade im ländlichen Raum.
- 37 • Ausbildung und Bindung von medizinischem Fachpersonal an Thüringen im Rahmen
38 von Förderprogrammen.

39

1 2. Bezahlbare Pflege

2 Pflege ist Armutsfalle

3 Wir blicken sehenden Auges auf die steigenden Zahlen der pflegebedürftigen Menschen in
4 diesem Land. Ende 2021 bezogen 166.453 Thüringer Bürgerinnen und Bürger
5 Pflegeleistungen. Jeder 10. Thüringer ist von Pflegebedürftigkeit betroffen.

6 Die derzeitige Pflegeversicherung ist nach wie vor nur eine „Teilkaskoversicherung“. Das
7 bedeutet: Der Anteil aus der Pflegekasse ist gedeckelt und steigt nur marginal – während auf
8 der anderen Seite die Eigenanteile der Pflegebedürftigen jährlich immer weiter steigen. So
9 wird das Pflegeheim immer mehr zur Armutsfalle. Aktuell zahlt ein Pflegeheimbewohner im
10 Durchschnitt 2.778 € pro Monat. Diese Kosten sind in den vergangenen Jahren explodiert,
11 allein zwischen 2021 und 2022 um 24 Prozent und 2023 nochmals um 14 Prozent. Wir setzen
12 uns für einen Pflegekostendeckel ein. Der Eigenanteil der Heimbewohner darf die
13 Durchschnittsrente nicht übersteigen. Land und Bund sind diesbezüglich in der Pflicht, die
14 Finanzierung neu zu regeln.

15 Wir wollen, dass Pflegebedürftige bestmöglich in ihrer gewohnten Umgebung versorgt
16 werden. Daher müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, frühzeitig auf sich
17 verändernde Bedarfe zu reagieren und entsprechende Angebote vorzuhalten. Hierzu muss
18 eine verpflichtende kommunale Pflegeplanung vorgehalten werden und die Mittel für diese
19 Planung müssen vom Land getragen werden.

20 Wir stehen für ein flächendeckendes Beratungsangebot für Pflegeleistungen und
21 wohnortnahe Angebote für Betroffene und deren pflegende Angehörige. Wir wollen für
22 Entlastung und Sicherheit sorgen und gemeinsam gegen das steigende Problem der
23 Einsamkeit im Alter angehen. Es braucht mehr innovative, generationsübergreifende und
24 gemeindenahe Angebote, wie zum Beispiel kommunale Wohnprojekte für altersgerechtes
25 und barrierefreies Wohnen zu sozial verträglichen Mieten.

26 Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
27 (BTHG) ein. Dabei wird vor allem der Paradigmenwechsel zu einem personenzentrierten
28 Leistungssystem vorangetrieben, um Menschen mit Beeinträchtigung eine ihren Bedürfnissen
29 entsprechende Teilhabe zu ermöglichen. Damit dieser gesetzlich verankerte Systemwechsel
30 tatsächlich gelingen kann, müssen die Kommunen finanziell entlastet werden. Das Bündnis
31 setzt sich daher dafür ein, dass der Bund die damit einhergehenden Mehrkosten übernimmt.
32 Fachkräftegewinnung im Bereich der Eingliederungshilfe soll analog zum Pflegebereich
33 intensiviert werden. Zudem müssen neue Berufsbilder mit Blick auf die unterschiedlichen
34 Assistenzleistungen konzipiert und implementiert werden.

35 Unsere Ziele:

- 36 • Gesundheitsförderung und Prävention müssen gestärkt werden, um den
37 Herausforderungen (mehr Senioren in Thüringen, Anstieg der chronisch-
38 degenerativen Erkrankungen) und den veränderten Anforderungen und Belastungen
39 in der Arbeitswelt passgenau zu begegnen. Dabei sind uns sozial benachteiligte
40 Gruppen besonders wichtig, denn sie haben ein erhöhtes Krankheitsrisiko und eine
41 verringerte Lebenserwartung.

- 1 • Flächendeckendes Beratungsangebot für Pflegeleistungen und wohnortnahe
- 2 Angebote.
- 3 • Pflegekostendeckel für Pflegeheimkosten – der Eigenanteil der Heimbewohner darf
- 4 die Durchschnittsrente nicht übersteigen.
- 5

POLITICO

1 **3. Sozialer Ausgleich**

2 **Soziale Politik ist Kernanliegen des BSW**

3 Um den Herausforderungen der Demografie zu begegnen, brauchen ein neues Verständnis
4 von Lebensarbeitszeit mit lebenslauforientierten Arbeitszeitkonten, in denen Phasen des
5 Mehrarbeitens und Arbeitszeitverkürzungen (beispielsweise für Fürsorgeaufgaben) enthalten
6 sind. Hierzu wollen wir ein Modellprojekt initiieren.

7 Kommunen müssen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden,
8 kommunale Sozialpolitik über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus zu organisieren und zu
9 finanzieren.

10 **Für gerechte und armutsfeste Renten**

11 Wir fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten im Schnitt 800
12 Euro pro Monat höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen,
13 auch Abgeordnete, Selbständige und Beamte. Es darf nicht sein, dass unser Rentensystem
14 zehn Prozentpunkte unter dem EU-Schnitt liegt.

15 In Thüringen ermöglichen wir Seniorinnen und Senioren die bessere Teilnahme am
16 öffentlichen Leben durch Stärkung des Einflusses der Seniorenbeiräte.

17 Wir fördern Mehrgenerationenhäuser und machen uns stark für eine ausreichende und
18 erreichbare medizinische Versorgung, vor allem im ländlichen Raum. Angebote der häuslichen
19 und stationären Pflege müssen für alle Bedürftigen verfügbar sein.

20 Daseinsvorsorge und soziale Betreuung funktionieren nur mit genügend motiviertem
21 Personal. Daher müssen – nach Jahren des Stillstands – soziale Berufe finanziell und politisch
22 aufgewertet werden. Das kann auch auf Landes- und Kommunalebene umgesetzt werden,
23 weil viele dieser Berufe finanziell vom Freistaat und den Kommunen gefördert werden. Neben
24 dem Gewinn an Kaufkraft in der Bevölkerung kann damit die Lohnschere zwischen Männern
25 und Frauen weiter angeglichen werden, denn soziale Berufe werden vorrangig von Frauen
26 ausgeführt.

27 **Mehr Unterstützung für Tafeln und Sozialinitiativen**

28 Wir helfen Kommunen beim Vorhalten von Obdachlosenunterkünften. Die Tafeln,
29 Sozialkaufhäuser und die vielen Vereine und Strukturen, die den ärmsten Thüringern täglich
30 helfen, das Leben zu meistern, können ebenfalls auf unsere Unterstützung zählen.

31 **Unsere Ziele:**

- 32 • Gesetzliche Renten unter 2.000 EUR im Monat sollen vor der Rentensteuer geschützt
33 werden.
- 34 • Gerechte und armutsfeste Renten – Abschaffung der Rentenbesteuerung.
- 35 • Nachhaltige Aufwertung von sozialen Berufen.

36

1 4. Anständige Löhne

2 Mehr als 30 Jahre nach der Wende liegt das Thüringer Einkommensniveau nach wie vor weit
3 unter dem Bundesdurchschnitt auf Platz 14 von 16 Ländern.

4 Auch bei der Tarifbindung befindet sich Thüringen im bundesweiten Vergleich weiterhin im
5 „Tabellenkeller“. Das hat Auswirkungen auf die Lohnhöhe, den Urlaubsanspruch und
6 insbesondere die Renten. Befristungen und Kettenverträge sind nach wie vor Alltag in
7 Thüringen. Wir setzen uns für mehr Tarifbindung, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in
8 Thüringen ein.

9 Die jahrelange Strategie, sich mit dem Status eines Niedriglohnlands auch noch zu rühmen,
10 hatte sozial verheerende Folgen. Thüringen kann und will nicht länger die „verlängerte
11 Werkbank Ost“ sein. Denn die Masse des Steueraufkommens vieler Produktionsstätten
12 westdeutscher Konzerne wird nicht hier gezahlt, sondern am Stammsitz des Unternehmens.
13 Deshalb fördern wir Wissenschaft und Innovation, damit attraktive Unternehmen in
14 Thüringen investieren und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.

15 Wir sind ein verlässlicher Partner von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir uns
16 gemeinsam engagieren, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Die Stärkung
17 der Mittelschicht ist für uns genauso essenziell wie faire Löhne und Renten.

18 Die Gleichstellung der Geschlechter ist uns ein wichtiges Anliegen. Für die öffentliche
19 Verwaltung wollen wir konkrete Zielvereinbarungen einführen.

20 Thüringen muss familienfreundlicher werden. Nur wo Kinder willkommen sind und Eltern
21 unterstützt werden, kann sich Demografie positiv verändern. Qualifizierung und eine
22 familienfreundliche Beschäftigung, zum Beispiel durch die Förderung betrieblicher
23 Kinderbetreuung sind maßgeblich, damit sich der Fachkräftemangel nicht weiter verschärft.
24 Dafür sollen nachhaltige Strategien entwickelt werden, die auch Menschen in ländlich
25 geprägten Regionen Perspektiven bieten.

26 **Unsere Ziele:**

- 27 • mehr Tarifbindung, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.
- 28 • Neuausrichtung der Förderpolitik mit Fokus auf den ländlichen Raum.
- 29 • Förderung von Qualifizierung und familienfreundlicher Beschäftigung.

30

1 5. Bezahlbare Mieten, mehr Wohnungen

2 **Wohnen muss bezahlbar bleiben**

3 Wohnen ist ein Grundbedürfnis für ein selbstbestimmtes Leben. Viele Menschen können sich
4 ein würdevolles Wohnen nicht mehr leisten oder haben Sorge ihr Heim aufgrund stark
5 steigender Kosten verlassen zu müssen. In der Wohnungspolitik ist unser oberstes Ziel:
6 Wohnen muss bezahlbar sein. Menschen mit geringem Einkommen und Familien brauchen
7 Unterstützung und Bürgschaften für Investitionen und Sanierungen ihrer Häuser.

8 Die Vorgaben der Bundesregierung, z.B. durch das Heizungsgesetz lehnen wir ab und setzen
9 ein Zeichen für alle Thüringer Hausbesitzer. Wir wollen durch Thüringer Regelungen die
10 Menschen entlasten und nicht zusätzlich belasten!

11 Wir fordern ein Sonderfinanzierungsprogramm: „Thüringer Land – Wohnen Sozial“ für
12 Investitionen in energetische Sanierungen von Hauseigentümern mit geringen Einkommen
13 und Familien.

14 Wir wollen den jährlichen Zubau an Sozialwohnungen im Neubau und in der Vollsanierung
15 unter Einbeziehung geeigneter Landesliegenschaften verdoppeln.

16 Wir stärken kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften als gemeinnützige
17 Investoren bei der Sanierung und dem Erhalt sowie dem Neubau von mehr öffentlichem
18 Wohnraum. Kommunen sollen beim Ankauf und der Entwicklung leerstehender Gebäude und
19 Brachen unterstützt werden. Dazu brauchen wir ein landesweites Leerstandregister in
20 Zusammenarbeit mit den Kommunen.

21 Außerdem fordern wir schnellere Genehmigungen durch Vereinfachung der Thüringer
22 Bauordnung und der Baugenehmigungsverfahren.

23 Wir initiieren eine Bundesratsinitiative zur stärkeren Förderung der energetischen Sanierung
24 von Wohngebäuden und setzen uns für die Erhöhung der jährlichen Landesförderung für den
25 Umbau altersgerechter und barrierearmer, barrierefreier und behindertengerechter
26 Wohnungen ein.

27 Wir wollen die Städtebauförderung und die Dorferneuerung stärken, um Schutzmaßnahmen
28 vor Starkregenereignissen, die Anlage von Gewässern und Grünflächen und den Einbau von
29 Löschwasserezisternen zu fördern.

30 Kleingartenanlagen sind Oasen der Erholung in unseren Städten sowie auch Biotop und
31 Natur-Erlebnisorte. Sie fördern die Artenvielfalt, leisten einen Beitrag für gesunde Ernährung
32 und stärken den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen sie deshalb schützen und
33 Neuanlagen ermöglichen.

34 **Unsere Ziele:**

- 35 • Sonderfinanzierungsprogramm: „Thüringer Land – Wohnen Sozial“ für Investitionen
36 in energetische Sanierungen für Hauseigentümer mit geringem Einkommen und
37 Familien.

- 1 • Bundesratsinitiative zur stärkeren Förderung der energetischen Sanierung von
- 2 Wohngebäuden.
- 3 • Erhöhung der jährlichen Landesförderung für den Umbau altersgerechter und
- 4 barrierearmer, barrierefreier und behindertengerechter Wohnungen.
- 5

POLITICO

1 **6. Inklusion und Barrierefreiheit**

2 **Bessere Inklusion**

3 Inklusion heißt, jedem Einzelnen die Individualität zuzugestehen und zu fördern. Die
4 Instrumente „Budget für Ausbildung“ und „Budget für Arbeit“ haben nicht ausreichend dazu
5 geführt, dass Menschen mit Beeinträchtigung eine Berufsausbildung absolvieren bzw. eine
6 Arbeitsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt beginnen. Wir wollen neue Instrumente schaffen,
7 um inklusive Übergänge zu gewährleisten, auch um dem Arbeits- und Fachkräftemangel
8 entgegenzuwirken.

9 **Weniger Barrieren**

10 Alle Menschen müssen am öffentlichen Leben teilnehmen können, und zwar unabhängig von
11 vorhandenen Beeinträchtigungen. Die nachhaltige Verbesserung der Barrierefreiheit mittels
12 Städtebauförderung und die Dorferneuerung wollen wir gemeinsam mit
13 Behindertenbeauftragten und Seniorenbeiräten vorantreiben. Damit der öffentliche Raum
14 und vor allem Dienstleistungseinrichtungen der Verwaltung sowie geförderte
15 Kultureinrichtungen und der ÖPNV für alle Bürger nutzbar sind, werden wir den barrierefreien
16 Aus- und Umbau weiter fördern. Hierbei sind ggf. Kompromisse mit dem Denkmalschutz
17 notwendig. Die Barrierefreiheit steht dabei im Mittelpunkt.

18 Wir setzen uns für einen zielgerichteten Nachteilsausgleich ein, wie z.B. das Blinden- und
19 Gehörlosengeld. Beide sollen regelmäßig an die Inflationsrate angepasst werden.

20 In der öffentlichen Verwaltung wollen wir mehr Dokumente in einfacher Sprache anbieten.

21
22

1 7. Sportförderung

2 Thüringen ist ein Land des Sports. Die Förderung und Weiterentwicklung des Sportes, der
3 sportlichen Einrichtungen und des Ehrenamtes im Sport haben für BSW eine hohe Priorität.
4 Die gilt gleichermaßen für den Breitensport und den Leistungssport.

5 Wir unterstützen die Sportpolitische Agenda 2024 des Landessportbundes mit einem
6 Zukunftsplan Sport mit verbindlichen Handlungsempfehlungen für die Sportentwicklung in
7 Thüringen.

8 Wir sind für eine stabile Sport-Förderung aus Lottomitteln und setzen uns für eine periodische
9 Anpassung nach Inflationsentwicklung ein.

10 Kommunen wollen wir bei Investitionen in und laufenden Finanzierungen von
11 bedarfsgerechten Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und Senioren unterstützen.
12 Sportförderung soll kommunale Pflichtaufgabe werden. Sportstättenbau und die
13 Sportstättenanierung sollen mehr als bisher gefördert werden.

14 Die Bezahlung der im Leistungssport tätigen Trainer und Trainerinnen muss verbessert
15 werden.

16 Die Weiterentwicklung der drei Thüringer Sportgymnasien betrachten wir als gemeinsame
17 Aufgabe des Landesportbundes und des Freistaats.

18 Die Sicherung einer kontinuierlichen Finanzierung des Olympiastützpunktes Thüringen für die
19 Betreuung von Landeskaderathleten und der Thüringer Leistungssportzentren ist unbedingt
20 erforderlich.

21 Wir treten ein für die Stärkung des Programms „Bewegte Kinder= Gesundere Kinder“ und die
22 weitere Förderung der Projekte „Soziale Integration von Flüchtlingen“ sowie „Regionale
23 Fachkräfte-Integration durch Sport“.

24 **Unsere Ziele:**

- 25 • Förderung und Weiterentwicklung des Sportes, der sportlichen Einrichtungen und
26 des Ehrenamtes im Sport.
- 27 • Unterstützung der Kommunen bei Investitionen in bedarfsgerechte Sportangebote
28 für Kinder, Jugendliche und Senioren.
- 29 • Sicherung einer kontinuierlichen, auskömmlichen Finanzierung des
30 Olympiastützpunktes.

31

32

33

1 **V Wirtschaftliche Vernunft, bezahlbare Energie,** 2 **erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft und** 3 **ideologiefreier Umweltschutz**

4 **Industrielle Basis und Mittelstand stärken**

5 Noch verfügt unser Land über eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen
6 Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch
7 verschlechtert. Unsere öffentliche Infrastruktur ist in einer für ein führendes Industrieland
8 blamablen Verfassung. Seit durch die Russlandsanktionen und vermeintliche Klimapolitik auch
9 Energie schlagartig teurer wurde, droht unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und
10 hunderttausender gut bezahlter Arbeitsplätze. Viele Unternehmen erwägen eine Verlagerung
11 ihrer Produktion ins Ausland. Andere sind in ihrer Existenz bedroht.

12 Wir streben insgesamt eine innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten
13 sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten
14 Steuersystem und einem starken Mittelstand an. Dafür wollen wir Marktmacht begrenzen.

15 Wir brauchen einen Zukunftsfonds zur Förderung innovativer heimischer Unternehmen und
16 Start-ups. Deutschland als exportstarkes und rohstoffarmes Land braucht eine
17 Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern
18 statt auf neue Blockbildung und ausufernde Sanktionen setzt und die unsere Versorgung mit
19 Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.

20 **Zukunft und Wachstum entstehen aus Ideen**

21 Demografie und Klimawandel stellen uns vor immense Herausforderungen, die wir nicht als
22 Bedrohung, sondern als Aufgabe verstehen. Dabei sind wir uns auch bewusst: Die globale
23 Erwärmung, die zur deutlichen Zunahme schwerer Naturkatastrophen führt, ist eines der
24 größten ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit. Ein ungebremstes
25 „Weiter so“ würde zwangsläufig auch zu wachsenden Verteilungskonflikten um Ressourcen
26 führen und damit zu einer Bedrohung unserer Demokratie.

27 Thüringen hat exzellente Voraussetzungen, aus Geschichte, Tradition, Erfahrung und
28 Kompetenz neue Ideen und Ansätze zu entwickeln.

29 Dazu braucht es einen Zukunftsfonds, der die industrielle Basis, Wissenschaft, Kultur,
30 Infrastruktur und den innovativen Mittelstand nachhaltig unterstützt und eine Befreiung von
31 unnötiger Bürokratie und Regelungswut. Hierzu wollen wir einen Expertenrat einsetzen, der
32 Vorschläge für zukunftsfähige und wachstumsfördernde Lösungen erarbeitet.
33

1. Thüringens Wirtschaft erhalten und stärken

2 Die Thüringer Wirtschaft ist mittelständisch geprägt. Wir wollen sie erhalten und stärken, statt
3 sie weiter in ihrer Entwicklung zu hemmen. Deshalb setzen wir uns auf Bundes- und
4 Europaebene für eine Reform des Ausschreibungs- und Vergaberechts ein.

5 In Deutschland werden Unternehmen, ob aus Industrie, Landwirtschaft oder dem
6 Dienstleistungsbereich, durch eine überbordende und bevormundende Bürokratie behindert.
7 Dadurch werden Kostenbelastungen verursacht, kleine Unternehmen von Förderchancen
8 ausgeschlossen und Innovationen verzögert. Orientiert an der Idee von wirtschaftlicher
9 Vernunft werden wir Prozesse verschlanken und transparent machen, Berichts- und
10 Nachweispflichten reduzieren und die Digitalisierung in der Verwaltung beschleunigen.
11 Unsinnige und wettbewerbsbehindernde, intransparente Regelungen, deren Umsetzung sich
12 noch dazu gar nicht kontrollieren lassen, müssen endlich abgeschafft werden.

13 Die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen für Bau und Dienstleistungen sollen
14 erhöht werden. Die in Krisenzeiten praktizierte Reduzierung öffentlicher Ausschreibungen
15 durch Heraufsetzen der Freigrenzen für die freihändige Vergabe soll sofort wieder in Kraft
16 treten.

17 In der Thüringer Wirtschaft werden in den nächsten Jahren viele Unternehmen Nachfolger
18 suchen. Über gezielte Förder- und Qualifikationsprogramme, z.B. durch Anreize für
19 Meisterprüfungen im Handwerk, wollen wir eine neue Innovations- und Gründerzeit initiieren,
20 vor allem in strukturschwachen, ländlichen Regionen.

21 Wir sehen die Thüringer Wirtschaft nicht ausreichend auf die Herausforderungen der
22 Transformation vorbereitet. Deshalb werden wir die Gründung eines Expertenrates zum
23 Strukturwandel und zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens forcieren.
24 Deutschland – und damit auch Thüringen – ist momentan kein guter Standort für erfolgreiche
25 Start-ups. Uns fehlt es jedoch nicht an kreativen und talentierten Gründern, sondern es
26 besteht auch hier die Hürde der strangulierenden Bürokratie. Wir streben für Gründer zeitlich
27 begrenzte Befreiungen von unnötigen Regulierungen an und unterstützen bei der Vernetzung
28 mit potenziellen Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen. Die Einrichtung eines
29 Zukunftsfonds Industrie und Mittelstand für Thüringen dient dabei der besonderen Förderung
30 innovativer, heimischer Unternehmen und Start-ups.

31 Fördermittel sind ein bedeutendes Instrument der Stärkung der Thüringer Wirtschaft. Um
32 dem Wildwuchs aus verschiedenen Förderquellen, -programmen, -prioritäten zu begegnen,
33 streben wir eine Zusammenlegung der „Fördertöpfe“ an, im Rahmen der auf Landesebene
34 vorhandenen Möglichkeiten. Darüber hinaus werden wir einen „Fördernavigator Thüringen“
35 etablieren, der einen transparenten und umfassenden Überblick über die
36 Fördermöglichkeiten für alle Unternehmen sicherstellt.

37 Die künftige Förderpolitik soll Zentren und ländlichen Raum gleichermaßen im Blick haben.
38 Um Innovationen zu fördern, legen wir einen Zukunftsfonds auf, mit dem die heimische
39 Wirtschaft und Investitionen in Innovationen gefördert und unterstützt werden. Wir fördern
40 Kooperationen und Know-how-Transfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

1 Thüringen braucht Fachkräfte. Wir wollen und müssen deutlich mehr unternehmen, um
2 Thüringen bekannt und attraktiv für die klugen Köpfe aus Europa und der Welt zu machen.

3 Fehlende Fachkräfte behindern wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb müssen wir alle
4 Potenziale von Arbeitssuchenden, Schulabgängern, Absolventen, ausländischen Mitbürgern
5 und Eltern nutzen, denen derzeit ein Betreuungsplatz für die Kinder fehlt.

6

7 **Unsere Ziele:**

- 8
- 9 • Unbürokratische Verfahren und schnelle, verlässliche Entscheidungen in der Politik
10 und finanzielle und administrative Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe in
11 Produktion, Handwerk, Handel, Dienstleistung, Landwirtschaft, Tourismus und
12 weiteren Bereichen.
 - 13 • Befreiung von Regulierungshürden bei Start-ups sowie ein tatsächlicher
14 Bürokratieabbau.
 - 15
 - 16 • Einrichtung eines Zukunftsfonds Industrie und Mittelstand für Thüringen und
17 Etablierung eines Förder Scouts, der einen transparenten und gleichberechtigten
18 Zugang zu Förderchancen für alle Unternehmen sicherstellt.

19

1 2. Effektive Digitalisierung

2 Gerade im Mittelstand gibt es in Thüringen ein erhebliches Defizit bei der Digitalisierung. Vor
3 allem im Handwerk fehlt es häufig an Zeit und Kapazitäten, aber auch an qualifiziertem
4 Personal, um digitale Strategien und Prozesse umzusetzen. Deshalb wollen wir eine
5 Digitalisierungsoffensive starten, die eine KMU-Strategie, Qualifizierungs- und
6 Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des Digitalbonus, Best-Practice-Tools und spezifische
7 Förderinstrumente beinhaltet.

8 Mit einem Sofortprogramm „Digitalisierung und Innovation“ fördern und entbürokratisieren
9 wir die Wirtschaft, vor allem aber kleinere und mittlere Unternehmen und schaffen
10 Innovations- und Digital-Hubs, vor allem in ländlichen Regionen.

11 Thüringens digitale Agenda beinhaltet nicht nur eine innovative Digitalisierungsstrategie,
12 sondern auch ein Digitales Kabinett sowie die Kenntnis, kompetente Bewertung und
13 Umsetzung von Digitalisierungsstrategien anderer Länder.

14 Schnelles Internet ist in vielen Landesteilen leider immer noch ein großer Luxus. Wir fordern
15 leistungsfähige und schnelle Internetanbindungen auch in den ländlichen Gebieten und
16 wollen mit Anreizen und Förderungen die digitale Infrastruktur in Thüringen verbessern. Die
17 Beschleunigung des Ausbaus durch Stärkung der Thüringer Netkom sowie die Anbindung aller
18 Schulen an schnelles Internet haben für uns Priorität.

19

20 **Unsere Ziele:**

- 21 • Schnelles Internet in ganz Thüringen – auch in den ländlichen Gebieten.
- 22
- 23 • Digitalisierungsoffensive: umfassende KMU-Strategie, Qualifizierungs- und
24 Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des Digitalbonus, Best-Practice-Tools und
25 spezifische Förderinstrumente.

26

1 3. Solide Finanz- und Strukturpolitik

2 Die Entscheidung über die Landesfinanzen liegt in der Entscheidungshoheit des Thüringer
3 Landtags. Um Vorschläge zur Finanzierung unserer Vorhaben erarbeiten zu können, brauchen
4 wir einen Kassensturz und die strukturelle Prüfung der Landesverwaltung. Auch
5 Landesprogramme müssen auf ihre Notwendigkeit geprüft werden. Die Finanzpolitik in
6 Thüringen muss nach 30 Jahren wieder die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger sichern
7 und für einen funktionierenden Staat sorgen. Es existieren ein enormer
8 Instandhaltungsrückstau und Investitionslöcher.

9 Thüringen ist vor allem durch hohe Kreditaufnahmen nach der Wende stark verschuldet. Zu
10 einer nachhaltigen Landespolitik gehört es, die Finanzen auf solide Grundlagen zu stellen und
11 Spielräume für kommende Generationen zu erhalten. Hierzu werden wir konstruktive
12 Vorschläge unterbreiten.

13 Für die nötige Transformation der Wirtschaft werden wir einen revolvierenden Fond
14 einrichten und europäische Gelder vorrangig dafür einsetzen, statt damit wie in der
15 Vergangenheit Event- Arenen oder Rennsteigleitern zu bauen. Wir wollen das Vermögen
16 Thüringens nutzen, um das Land voranzubringen. Kulturelle Schätze, um die uns viele Staaten
17 beneiden, liegen in den Depots der Museen. Wir wollen sie zeigen und damit Touristen ins
18 Land holen.

19 Mehr als 10 Prozent der Landesfläche gehören dem Freistaat. Diese Chance wollen wir nutzen,
20 um günstig Energie und Rohstoffe bereit zu stellen.

21 **Unsere Ziele:**

- 22 • Strukturelle Prüfung der Landesverwaltung und der einzelnen finanziellen
23 Landesprogramme.
- 24 • Nutzung des Landesvermögens für eine nachhaltige Entwicklung.
- 25 • Wir regen eine Bundesratsinitiative Sachsens für eine Wiedereinführung der
26 Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre an. Wie eine Studie des
27 Netzwerks Steuergerechtigkeit kürzlich festgestellt hat, könnte der deutsche Staat 73
28 Mrd. Euro im Jahr mehr einnehmen, wenn die Vermögensteuern für die oberen
29 Zehntausend auf das Niveau der Schweiz angehoben würden. Diese Einnahmen kämen
30 den Ländern zugute und könnten dort für gute Bildung, ordentliche Krankenhäuser
31 und intakte Schulgebäude ausgegeben werden.
- 32 • Die Neuregelung der Grundsteuer muss – wie es politisch versprochen wurde –
33 aufkommensneutral erfolgen. Mehrbelastungen für den Bürger müssen
34 ausgeschlossen werden!

35

1 4. Energiepolitik und Umweltschutz

2 Der Veränderung des Weltklimas und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen
3 begegnen wir mit einer ehrlichen und die Menschen nicht bevormundenden Klima- und
4 Umweltpolitik. Die Energieversorgung Deutschlands lässt sich noch nicht allein durch
5 erneuerbare Energien sichern. Blinder Aktivismus und undurchdachte Maßnahmen helfen
6 dem Klima nicht, aber sie gefährden unsere wirtschaftliche Substanz, verteuern das Leben der
7 Menschen und untergraben die öffentliche Akzeptanz sinnvoller Klimaschutzmaßnahmen. Um
8 gegen Klimawandel und Umweltzerstörung vorzugehen, fördern wir die Entwicklung
9 innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der
10 Zukunft.

11 Wir wollen Klima- und Umweltschutz insbesondere durch technologieoffene Innovationen,
12 deren Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann und nicht Jahrzehnte in Anspruch nimmt.

13 Hierzu gehören z. B. der Schutz vor Überschwemmungen, der Aufbau einer nachhaltigen
14 Thüringer Energieversorgung, aber auch die angewandte Agrarforschung zur Anpassung der
15 Landwirtschaft an den Klimawandel.

16 **Energiepolitik mit Vernunft statt Ideologie**

17 Vernunft statt Ideologie ist insgesamt das Credo unserer Energiepolitik. Eine vernünftige
18 Energiewende wird durch die verbrauchsnahe Strom- und Wärmeerzeugung und
19 verschiedene Technologien möglich. Wo Windkraft gebraucht und gewünscht wird, sollen
20 Kommunen entscheiden – sie wissen am besten, welche Kapazitäten vor Ort gebraucht
21 werden. Wir setzen uns ein für bezahlbare Energie, vor allem für in ihrer Existenz bedrohte
22 kleine und mittelständische Unternehmen.

23 Thüringen soll zum Vorreiter bei der Entwicklung innovativer Speichertechnologien für
24 erneuerbare Energie werden. Damit stärken wir die Versorgungssicherheit und die
25 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen. Unsere Energiepolitik vernichtet keine Jobs
26 – sie schafft welche.

27 Die Thüringer Energieagenturen leisten als Berater und Investitionsbegleiter für ein
28 innovatives Energiemanagement wertvolle Arbeit. Diese wollen wir ausbauen und
29 intensivieren. Auch die Thüringer Aufbaubank als Beratungs- und Finanzierungspartner sowie
30 die TEAG und TEN als Energieunternehmen sollen nachhaltig unterstützt werden.

31 Wir wollen öffentliche Förderung und Bürgerbeteiligung bei der Energiewende hin zu
32 erneuerbaren Energien. Die Gewinne der Stromerzeugung sollen damit den Bürgern zugute
33 kommen. Die an sich kostengünstige Energie der Erneuerbaren muss endlich im Portemonnaie
34 der Verbraucher ankommen. Klimaschutz muss sich rechnen und nicht das Leben immer
35 teurer machen. Überbordende Bürokratie – angeblich im Sinne des Klimaschutzes – lehnen
36 wir ab. Stattdessen brauchen wir intelligente Strategien der Anpassung, um die schon jetzt
37 negativen Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt abzuschwächen.

1 Wir setzen uns für gezielte Förderprogramme für aufgrund der Energiekosten in ihrer Existenz
2 bedrohte kleine und mittelständische Unternehmen ein. Sie sollen durch Investitionshilfen für
3 Eigenstromerzeugung oder Energieeffizienz unterstützt werden.

4 Wir bekennen uns zur Förderung von Quartierskonzepten zur Energieeinsparung und
5 Energieerzeugung und von Bioenergiedörfern mit Wärmespeicherung.

6 Mit einem Sonderprogramm „Eigenstromerzeugung für KMU und Handwerksbetriebe“ mit
7 langfristiger Finanzierung und einem Sonderprogramm zur Förderung der Energieerzeugung
8 in der Landwirtschaft, z.B. durch Bio- und Solarenergie, leisten wir einen nachhaltigen Beitrag
9 zur Energiewende.

10 **Energiekosten in Thüringen deutlich senken**

11 Vernunft und Gerechtigkeit in der Energiepolitik heißt auch, dass wir die im Ländervergleich
12 deutlich zu hohen Energiekosten in Thüringen deutlich senken und damit die Bürger und
13 Unternehmen nachhaltig entlasten. Deshalb fordern wir eine Initiative zur Angleichung der
14 Netzentgelte zwischen den Bundesländern.

15 Die generelle Erlaubnis von Windenergie im Wald lehnen wir ab. Die Regionen mit
16 Waldbesitzern, Kommunen und Unternehmen sollten selbst entscheiden können, ob sie
17 Windenergie im Wald umsetzen.

18 Der Agri-Photovoltaik wollen wir Vorrang einräumen und damit die gleichzeitige Nutzung von
19 Flächen für die Landwirtschaft und Energiegewinnung fördern.

20 **Umwelt und Naturschutz, Nachhaltigkeit**

21 Umweltschutz zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und zum Schutz vor den Gefahren des
22 Klimawandels ist für uns ein existenzielles Handlungsfeld.

23 Die Wasserqualität hat sich in den letzten Jahrzehnten in Thüringen deutlich verbessert. Das
24 liegt vor allem am massiven Ausbau der kommunalen Abwasserentsorgung. Für den Anschluss
25 der verbleibenden Einwohner werden auf Grund des hohen Aufwands durch die geringe
26 Einwohnerdichte im ländlichen Raum Kosten von mehr als 10.000 EUR pro Person erwartet.

27 Wir wollen die bessere Förderung der Abwasseranschlüsse im ländlichen Raum und eine
28 Prüfung der Vorgaben zur Abwasserentsorgung zur Entlastung der Entsorgungspflichtigen.
29 Der Nährstoffgehalt ist meist nicht mehr das Problem unserer Gewässer, sondern ihre
30 Verbauung, die fehlende Durchgängigkeit und der in Teilen dramatisch durch den Kormoran
31 reduzierte Fischbestand. Hier sind dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die europäische
32 Wasserrahmenrichtlinie mit ihrem Ziel des guten Zustands unserer Flüsse und Seen endlich
33 umzusetzen. Auch die weitere Reduktion bergbaubedingter Salzeinleitungen ist unser Ziel. Die
34 Nutzung von Flusswasser zum Kühlen oder Heizen darf nicht zur Schädigung der
35 Gewässerbewohner führen.

36 Die Thüringer Angelverbände sind für uns wichtige Partner beim Schutz der Fischbestände und
37 der Gewässerlebensräume insgesamt. Die Angler bringen hier eine hohe Kompetenz ein. Wir
38 werden sie dabei unterstützen.

1 Der Erhalt und die Erleichterung der Errichtung neuer Stauanlagen und Teiche sind für uns ein
2 wichtiges Ziel, um Wasser für trockene Sommer zu speichern. Die verstärkte Förderung von
3 Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen wollen wir mit den Kommunen auf den Weg bringen.

4 **Effektiver Grundwasser- und Bodenschutz**

5 Der Grundwasserschutz ist vor dem Hintergrund häufiger, extrem langer Trockenzeiten
6 wichtig. Es darf nicht mehr entnommen werden, als sich nachbildet. Außerdem darf für die
7 Trink- und Brauchwassergewinnung geeignetes Grundwasser nicht durch Einleitungen oder
8 die Verunreinigung bei der Gewinnung von Bodenschätzen beeinträchtigt werden.

9 In der Abfallwirtschaft setzen wir uns für konsequente Vermeidung von Abfällen und für
10 hochwertiges stoffliches Recycling ein.

11 Bodenschutz ist für uns vor allem Schutz vor Versiegelung und Erosion. Wir werden über die
12 Kompensationsverordnung Maßnahmen einleiten, um uns dem Nachhaltigkeitsziel einer
13 Nettoneuversiegelung von Null endlich anzunähern. Durch aktiven Rückbau nicht mehr
14 benötigter Objekte räumen wir das Land auf und schaffen einen Kompensationspool.
15 Unternehmen können zum Ausgleich für mit ihren Investitionen verbundene Eingriffe darauf
16 schnell und unkompliziert zurückgreifen.

17 Zum Erosionsschutz werden wir gerade an entwaldeten Steilhängen zusammen mit
18 ThüringenForst ein Maßnahmenpaket erarbeiten.

19 Da im Thüringer Boden lagernde Rohstoffe wieder für Bergbauunternehmen interessant
20 werden, setzen wir uns für den Erlass einer Bergverordnung ein, die insolvenz sichere
21 Rücklagen für die Beseitigung der Bergbauhinterlassenschaften nach Ausbeutung der
22 Lagerstätte zur Bedingung macht. Jeder Energiekonzern muss für den Landschaftsverbrauch
23 aus den Gewinnen wie im Bergbau üblich einen Teil in einen entsprechenden Fond zur
24 Renaturierung einzahlen.

25 Ein atomares Endlager in Thüringen lehnen wir vor dem Hintergrund ab, dass es in Thüringen
26 nie ein Kernkraftwerk gab und unser Land durch die verheerenden Folgen des Uranbergbaus
27 schon überdurchschnittlich hohe Kosten zu tragen hat. In dem Zusammenhang wollen wir mit
28 Hilfe des Bundes die Sanierung der Uranbergbau altlasten angehen, die nicht im
29 Zuständigkeitsbereich der Wismut liegen.

30 Zum Schutz elektrosensibler Menschen werden wir mit den Netzbetreibern in Thüringen
31 Schritte vereinbaren, den 5 G-Ausbau so schonend wie möglich zu gestalten.

32 Im Naturschutz wollen wir die anerkannten Verbände besser fördern, um das Einbringen ihrer
33 wichtigen Expertise in den Beteiligungsverfahren besser abzusichern. Die Natura 2000-
34 Stationen haben sich bewährt und sollen erhalten werden. Wir wollen sie mit einem Projekt-
35 Budget ausstatten.

36 Im Nationalpark Hainich werden wir die Auswirkungen des Klimawandels beispielhaft
37 wissenschaftlich untersuchen. In unseren nationalen Naturlandschaften wollen wir eine
38 vorbildliche nachhaltige Entwicklung auf den Weg bringen.

- 1 Wir setzen uns für die Gründung einer Umwelt- und Naturschutzakademie ein.
- 2 Wir fördern den Tierschutz in Thüringen. Dafür gewähren wir Tierheimen nicht nur
- 3 Investitionsförderungen, sondern unterstützen auch den laufenden Betrieb.
- 4 **Unsere Ziele:**
- 5 • Strompreise runter! Reduzierung der Netzentgelte.
- 6 • Erhöhung der Wertschöpfung in Thüringen durch technologieoffene, verbrauchsnahe
- 7 Strom- und Wärmeerzeugung.
- 8 • Entwicklung innovativer Speichertechnologien.
- 9 • Sonderprogramm Eigenstromerzeugung für KMU und Handwerksbetriebe.
- 10 • Bessere Unterstützung der Abwasserinvestitionen im ländlichen Raum und Prüfung
- 11 der Standards.
- 12 • Klimaanpassung durch Wasserrückhalt und Erosionsschutz.
- 13 • Kein atomares Endlager in Thüringen.
- 14

1 5. Land- und Forstwirtschaft

2 Nicht nur die klimatischen Veränderungen, die Corona-Pandemie, die afrikanische
3 Schweinepest sowie die Vogelgrippe haben die Landwirte in den letzten Jahren stark belastet,
4 sondern auch politische Entscheidungen gegen eine funktionierende Landwirtschaft. Die
5 forstwirtschaftlichen Betriebe sind weiterhin durch die massive Verbreitung des Borkenkäfers
6 stark betroffen. Zusätzlich stellen Fachkräftemangel und Kostensteigerungen die
7 landwirtschaftlichen Betriebe vor hohe Herausforderungen. Die Inflation und die steigenden
8 Energiepreise sind auch an den Thüringer Bäuerinnen und Bauern nicht vorbei gegangen.
9 Weitere Belastungen für Landwirte, wie sie die Bundesregierung jüngst beschlossen hat
10 (Agrardiesel), lehnen wir ab.

11 Stattdessen denken wir Land- und Forstwirtschaft mit Ernährungswirtschaft,
12 Holzverarbeitung, Umweltschutz, Klimaschutz und erneuerbaren Energien zusammen. Die
13 Land- und Forstwirtschaft hat viel Potenzial für nachhaltige Lösungen. Dafür wollen wir die
14 Landesprogramme der 2. Säule der Agrarförderung gezielt nutzen. In Waldrestholz,
15 alternativen Treibstoffen vom Acker und aus dem Stall sowie Biogasanlagen sehen wir einen
16 wichtigen Beitrag im zukünftigen Energiemix. Die Biogas-Beratung soll wieder aufgenommen
17 werden.

18 Wir bekennen uns zur flächendeckenden Landbewirtschaftung. Dazu ist es erforderlich, die
19 benachteiligten Gebiete durch den Erhalt der Ausgleichszulage zu stärken.

20 Die überbordende Belastung der viehhaltenden Betriebe, die häufig schon zu einer
21 Verlagerung der Tierproduktion in Länder mit wesentlich geringeren Tierschutzstandards
22 führte, wollen wir reduzieren. Wir wollen einen Masterplan zur Stärkung der Tierhaltung in
23 Thüringen auf den Weg bringen zur deutlich stärkeren Unterstützung der viehhaltenden
24 Betriebe.

25 Wir stehen für Verlässlichkeit von Politik. Genehmigungen für Stallbauten müssen so lange
26 gelten, bis der Stall abgeschrieben ist.

27 **Mehr Marktmacht – weniger Bürokratie**

28 Die Landwirtschaft in Thüringen hat im Vergleich mit Verarbeitungsunternehmen und den
29 Handelsketten zu wenig Marktmacht. Wir unterstützen sie beim Aufbau regionaler
30 Wertschöpfungsketten und streben die Auslagerung des Thüringer Agrarmarketings aus der
31 Agrarverwaltung sowie die Gründung einer Agrarmarketing-Gesellschaft für Thüringen oder
32 Mitteldeutschland an. Das Thüringer Qualitätszeichen wollen wir wiedereinführen genau wie
33 die Förderung der Gründung von Erzeugergemeinschaften und –Genossenschaften.

34 Wir stehen für die Entbürokratisierung der Land- und Forstwirtschaft. Arbeitsgrundlage sind
35 für uns dabei die Vorschläge des DBV und der Agrarministerkonferenz.

36 Die Stoffstrombilanz wollen wir abschaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die
37 Abschaffung der Grundsteuer A ein, da sie mehr Aufwand verursacht als Einnahmen bringt.

1 Die durch die Umweltpolitik der EU gewünschte Wiederansiedlung und Bestandsstärkung von
2 Arten wie Wolf, Biber oder Kormoran machen ein Wildtiermanagement und einen
3 Schadensausgleich erforderlich.

4 Große Teile unseres Waldes wurden durch die extreme Trockenheit der letzten Jahre und
5 mangelhaften Forstschutz massiv geschädigt. Deshalb wollen wir die Waldflächenprämie
6 unter der Bedingung der Wiederaufforstung durch Saat und Pflanzung sowie des Waldumbaus
7 verstetigen.

8 Forstschutz und Waldumbau auf Waldflächen unbekannter Eigentümer sichern wir dadurch,
9 dass wir gemeinsam mit dem Waldbesitzerverband eine gesetzliche Regelung schaffen, diese
10 Flächen wieder in Bewirtschaftung zu bringen.

11 Durch Stärkung des Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrums soll die Anpassung des
12 Waldes an den Klimawandel wissenschaftlich fundiert erfolgen.

13 Wir sind für eine stärkere Unterstützung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse.

14 ThüringenForst soll die aufgrund der Borkenkäferkatastrophe erwirtschafteten Gewinne für
15 die nachhaltige Sicherung des Staatswaldes einsetzen können.

16 Jäger müssen bei der Ausübung der Hege des Wildbestandes unterstützt werden. Sie haben
17 die wichtige Aufgabe, in einer vom Menschen stark geprägten Kulturlandschaft gesunde
18 Wildbestände zu erhalten und gleichzeitig Wildschäden gering zu halten. Beim Waldumbau
19 kommt ihnen eine Schlüsselfunktion zu. Welche politischen Rahmenbedingungen sie
20 benötigen, um ihren Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können, werden wir mit
21 den Jagdverbänden besprechen.

22

23 **Unsere Ziele:**

24 • Finanzielle Unterstützung der Betriebe bei der Anpassung an Klima- und
25 Wetterbedingungen, Ausbau der Forschungskapazitäten zur Unterstützung der
26 Landwirtschaft.

27 • Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe durch langfristige Förderprogramme zur
28 Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort.

29 • Unbürokratische Förderung von umwelt-, boden- und klimaschonenden
30 Agrartechniken und Anbausystemen.

31 • Keine weitere Inanspruchnahme von landwirtschaftlicher Nutzfläche für
32 Ausgleichsmaßnahmen.

33 • Stärkung der Ausbildung für landwirtschaftliche Berufe, insbesondere von Projekten
34 für Schülerinnen und Schüler.

35 • Aktive Unterstützung bei der Beseitigung von Schadholz durch den Borkenkäfer statt
36 Androhung von Strafzahlungen.

37 • Erhöhung der Förderung für junge Landwirtinnen und Landwirte bei der Übernahme
38 oder Gründung eines Agrarbetriebes.

39 • Langfristige Rechtssicherheit und verlässliche Agrarpolitik für planbare und sichere
40 Investitionen.

41

1 6. Ländlicher Raum und Tourismus

2 Der ländliche Raum mit seinen Städten und Dörfern ist für die Identität Thüringens genauso
3 wichtig wie die großen Städte. Leider wurde aber über Jahrzehnte durch falsche Politik das
4 Leben im ländlichen Raum immer unattraktiver gemacht, sodass der Altersdurchschnitt in den
5 ländlichen Regionen immer mehr steigt. Durch den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge
6 wie medizinische Versorgung, Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV) oder Abbau von
7 kulturellen Angeboten möchten sich immer weniger Menschen im ländlichen Raum
8 niederlassen. Unser Ziel ist es, dass das Verhältnis zwischen Stadt und Land wieder
9 ausgeglichen ist und es wieder für alt und jung attraktiv wird, auf dem Land zu wohnen. Das
10 Bündnis Sagra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit setzt sich entschieden für
11 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in Thüringen ein. Wir glauben an eine
12 Politik, die unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger
13 sicherstellt und die Vielfalt unserer Regionen würdigt.

14 Mit seinen historischen Städten, Kunst- und Kulturschätzen sowie den landschaftlich
15 reizvollen Regionen hat Thüringen eine große Anziehungskraft für Besucher aus aller Welt.
16 Um dieses Level weiter auszubauen, bedarf es erheblicher Anstrengungen, die verfügbaren
17 Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist eine faire Bezahlung,
18 vernünftige Arbeitsbedingungen und eine praxisorientierte Ausbildung. Diese in den
19 Tourismus fließenden Ressourcen müssen besser genutzt werden, zum Nutzen der Touristen,
20 der Bewohner vor Ort, aber auch der Beschäftigten. Dabei brauchen wir eine gute Balance
21 zwischen der Entwicklung des Tourismus und den Interessen unserer Einwohner. Deshalb
22 unterstützen wir die Vernetzung von Freizeit- und Kultureinrichtungen, Regionalen Produkten
23 sowie Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben nach dem Vorbild der Thüringer Wald Card,
24 um die Wertschöpfung im Land zu erhöhen.

25 **Unsere Ziele:**

- 26 • Flächendeckende und hochwertige Infrastruktur, die den Bedürfnissen sowohl der
27 städtischen Zentren als auch der ländlichen Regionen gerecht wird.
- 28
- 29 • Förderung von Begegnungsorten im ländlichen Raum.
- 30
- 31 • Aktive Wirtschaftsförderung, die Unternehmen, sozialen und ökologischen Projekten
32 zugutekommt. Dabei werden wir darauf achten, dass Arbeitsplätze und Investitionen
33 gerecht zwischen Stadt und Land verteilt werden, um die Abhängigkeit von urbanen
34 Zentren zu verringern und die regionale Wirtschaft zu stärken.
- 35
- 36 • Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten für alle Thüringer Bürger, unabhängig
37 davon, ob sie in Städten oder auf dem Land leben.
- 38
- 39 • Unterstützung der Vernetzung touristischer Einrichtungen und regionaler Produkte
40 zur Verbesserung der Wertschöpfung.

41

1 7. Verkehrspolitik

2
3 Thüringen als Flächenland braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Schluss mit der
4 Vernachlässigung des ländlichen Thüringer Raums! Marode Straßen, schlechte
5 Zugverbindungen oder kompletter Stillstand an Bushaltestellen sind mittlerweile Gang und
6 gebe. Solange das Auto in vielen Gebieten Thüringens das wichtigste Fortbewegungsmittel ist,
7 wehren wir uns gegen eine Verkehrswende, die unüberlegt und gegen die Menschen
8 durchgesetzt werden soll. Stattdessen brauchen wir einen attraktiven Mix aller
9 Verkehrsmittel.

10 11 **Masterplan Öffentlicher Nahverkehr für Thüringen**

12
13 Wir setzen uns dafür ein, dass Bus und Bahn pünktlich und zu einem regelmäßigen Takt für
14 alle Bürger Thüringens besser erreichbar sind. Dafür wollen wir eine Erhöhung der Mittel und
15 einen Masterplan Öffentlicher Nahverkehr für Thüringen, insbesondere um den ländlichen
16 Raum besser mit Bus und Bahn erreichbar zu machen.

17
18 Die Sanierung und der Ausbau bestehender Straßen und straßenbegleitender Radwege muss
19 im Fokus der künftigen Verkehrspolitik stehen. Ortsumfahrungen, die zur Verbesserung der
20 Lebensqualität in den Ortschaften führen, sind zu unterstützen. Kostenlose Pendlerparkplätze
21 an Autobahnauffahrten und ÖPNV-Schnittpunkten im ländlichen Raum ebenfalls.

22
23 Mit einem „Thüringen Ticket Sozial“ für Menschen mit geringen Einkommen, Schüler und
24 Studenten als Preisreduzierung zum Deutschlandticket für Bus und Bahn wollen wir Mobilität
25 in Thüringen fördern.

26
27 Sichere Fahrradstellplätze sollen an allen Bahnhöfen in Thüringen entstehen. Das
28 Radverkehrskonzept Thüringen wollen wir durch Erhöhung der Landesmittel zur
29 Radwegförderung für die Landkreise und Kommunen umsetzen. Bei Sanierung von
30 Landesstraßen soll der parallele Ausbau von Radwegen Standard sein.

31
32 Zur besseren ÖPNV-Anbindung von Gewerbegebieten sollen optimierte Streckenführungen,
33 öffentliche Pendelbusse und die Förderung von Betriebsbussen beitragen.

34
35 Stillgelegte Streckennetze sollen für den Güter- und Personenverkehr durch die Aufnahme in
36 den Bundesverkehrswegeplan reaktiviert werden.

37
38 Ein Landesförderprogramm wollen wir für Rufbussysteme und Bürgerbusse im ländlichen
39 Raum auf festen Linien und auch für Individualstrecken auflegen. Die Förderung von
40 Carsharing-Angeboten sowie die Schaffung von Mitfahrgelegenheits-Plattformen erleichtern
41 es den Menschen, Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen und die Anzahl der Fahrzeuge auf den
42 Straßen zu reduzieren, wenngleich uns bewusst ist, dass diese Maßnahmen vorwiegend in den
43 Ober- und Mittelzentren umzusetzen sind.

44 45 **Anreize statt Verbote**

46
47 Wir wollen Anreize für die Autoindustrie schaffen, ihre Forschung in verbrauchsärmere

1 Verbrenner und preiswertere synthetische Kraftstoffe wieder aufzunehmen und zu
2 intensivieren. Eine Voraussetzung dafür ist eine Rücknahme des Verbrennerverbots ab 2035.

4 **Öffentlicher Personennahverkehr**

6 Ein effizienter und benutzerfreundlicher ÖPNV ist entscheidend für die Lebensqualität und die
7 Mobilität der Menschen in Thüringen.

9 Der Schienenpersonennahverkehr ist das Rückgrat eines funktionierenden öffentlichen
10 Verkehrsnetzes und befindet sich in Landeskompetenz. Entscheidende Vorteile weist dieser
11 Verkehrsträger in den Bereichen Kapazität, Energieeffizienz, Unabhängigkeit vom
12 Straßenverkehr und Reisegeschwindigkeit auf. Deshalb wollen wir diesen ausbauen, damit
13 mehr und schnellere Verbindungen flächendeckender angeboten werden können.

15 Der Ausbau des Busverkehrs und der Zuganbindung in ländlichen Gebieten, die Einführung
16 einer Regio-S-Bahn bzw. eines S-Bahntaktes entlang der Thüringer Städtekette sowie die
17 Verbesserung der Zugverbindungen in angrenzende Bundesländer sind Kernforderungen
18 unserer Verkehrspolitik. Das Schienennetz gilt es durch überregionale Busse im Takt der
19 Schienenverbindungen zu ergänzen.

21 **Mehr Radwege**

23 Der Ausbau des Radverkehrs ist eine wichtige Maßnahme, um die Mobilität, Gesundheit und
24 Umweltfreundlichkeit in Thüringen zu verbessern. Dabei erkennen wir sowohl beim Ausbau
25 des Alltagsradverkehrs, wie auch beim touristischen Radverkehr große Potenziale, die es zu
26 heben gilt.

28 Die Schaffung von sicheren und gut zugänglichen Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen,
29 Haltestellen, Einkaufszentren und anderen öffentlichen Orten erleichtert es den Menschen,
30 das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen. Fahrradstellplätze sollen an allen Bahnhöfen in
31 Thüringen entstehen. Das Radverkehrskonzept Thüringen wollen wir durch Erhöhung der
32 Landesmittel zur Radwegförderung für die Landkreise und Kommunen umsetzen. Bei
33 Sanierung von Landesstraßen soll der parallele Ausbau von Radwegen Standard sein.

35 Der Ausbau von sicheren und gut ausgebauten Radwegen sowohl in urbanen als auch in
36 ländlichen Gebieten ist entscheidend. Dies umfasst sowohl Radwege entlang von Straßen als
37 auch separate Radwege, die von Hauptverkehrsstraßen getrennt sind. Dafür ist der Abruf und
38 Einsatz von Fördermitteln z.B. aus dem Nationalen Radverkehrsplan 3.0 des Bundes durch das
39 Land zu verbessern.

41 Die Einrichtung von Fahrradstraßen, Fahrradampeln, Fahrradüberführungen und
42 Fahrradabstellplätzen an Kreuzungen und Verkehrsknotenpunkten trägt dazu bei, die
43 Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer zu verbessern. Wir wollen aber auch die
44 Kenntnis von Verkehrsregeln unter den Fahrradfahrern erhöhen. Dazu scheinen frühzeitige
45 Fahrsicherheitstrainings, zum Beispiel an Schulen, ein geeignetes Mittel zu sein.

47 Die Entwicklung und Vermarktung von Fahrradwegen, Radtouren und Fahrradveranstaltungen
48 fördert den Fahrradtourismus und trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung in der

1 Region bei. Bei allen Punkten wollen wir mehr Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit, das
2 heißt: Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Interessengruppen in
3 Planungsprozesse und die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Kommunen, Unternehmen
4 und Verbänden sind entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur
5 Förderung guter und zukunftsfähiger Mobilität in allen Bereichen. Wir streben generell eine
6 Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte in Thüringen an. Auch
7 die Frage von Verkehrssicherheit ist für uns von zentraler Bedeutung. Dabei sprechen wir von
8 sicheren Radwegen, sicheren Straßen, sicheren Bahnhöfen, aber auch von sicheren
9 Fußwegen.

10
11 **Unsere Ziele:**

- 12
- 13 • Flächenerschließung verbessern: Eine bessere Anbindung durch Busse, Bahnen
14 mindestens im Stundentakt oder ergänzende On-Demand-Verkehre in ländlichen
15 Gebieten würde mehr Menschen den Zugang zum ÖPNV ermöglichen und die
16 Abhängigkeit vom Individualverkehr reduzieren. Dafür braucht es neue
17 Vereinbarungen zwischen Landes- und Kreisebene.
 - 18
 - 19 • Bahnhöfe attraktiver machen: Wir wollen die Attraktivität von Bahnhöfen erhöhen.
20 Menschen müssen sich in ihnen rund um die Uhr sicher fühlen können.
 - 21
 - 22 • Barrierefreiheit ausbauen: Der Ausbau barrierefreier Zugänge zu Bahnhöfen und
23 Haltestellen sowie die Anpassung von Fahrzeugen für Menschen mit eingeschränkter
24 Mobilität würden die Nutzung des ÖPNV für alle erleichtern. Abgesehen davon setzen
25 wir damit die EU-Behindertenrechtskonvention um, hinter der das Bündnis Sahara
26 Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit steht.
 - 27
 - 28 • Intermodalität fördern: Eine bessere Verknüpfung von verschiedenen
29 Verkehrsträgern wie Bus, Bahn, Fahrrad und Carsharing wird die Flexibilität und
30 Attraktivität des ÖPNV erhöhen.
 - 31
 - 32